



GESCHICHTE UND GEDENKEN

bitos:

Kompetent für Menschen.

LWVHessen

Landeswohlfahrtsverband Hessen



GESCHICHTE UND GEDENKEN

Impressum

Herausgeber

Landeswohlfahrtsverband Hessen
Vitos GmbH
Ständeplatz 2–10, 34117 Kassel

Texte

Andrea André, Angelika Birle, Dr. Harald Jenner,
René Kuke, Ulrike Mai, Kerstin Pulverich, Rouven
Raatz, Susanne Rosa, PD Dr. Jan Erik Schulte,
Dieter Schwarz, Inga Twarok

Biografien

Prof. Dr. Katja Gußmann

Titelbild

Gaskammer der Tötungsanstalt Hadamar
Foto: Bettina Müller

Redaktion

Elke Bockhorst, Rose-Marie von Krauss,
Ulrike Mai

Weitere Mitarbeit

Dr. Esther Abel, Silke Meyenberg, Dr. Oliver
Pfankuch, Franziska Schmidt, Claudia Stul

Gestaltung

2+ Design Stefan Dorzok, Wiesbaden

Druck

Druckerei Kern GmbH, Bexbach

ISBN 978-3-89203-047-8

© 2019 Landeswohlfahrtsverband Hessen

GESCHICHTE UND GEDENKEN

Orte der
„Euthanasie“-Verbrechen
in Hessen

Inhalt

EINFÜHRUNG: Erinnern an die „Euthanasie“-Verbrechen	07
BIOGRAFIE ARTHUR SCHUH Eine Reichsmark für das Porto	10
VITOS GIEßEN-MARBURG Landesheilanstalt Gießen	14
VITOS GIEßEN-MARBURG Landesheilanstalt Marburg	20
VITOS HAINA Landesheilanstalt Haina	24
BIOGRAFIE MARIA SCHREINER Unterzeichnet: Der Direktor	30
VITOS HEPPENHEIM Landesheil- und Pflegeanstalt Heppenheim	34
VITOS HERBORN Landesheil- und Pflegeanstalt Herborn	38
VITOS HOCHTAUNUS Frankfurter Pflegeanstalt Köppern	44
BIOGRAFIE MARIA THIEDEMANN „Was hatte ich denn vom Leben ...“	50
VITOS KURHESSEN Landesheilanstalt Merxhausen	54
VITOS RHEINGAU Landesheilanstalt Eichberg	60
VITOS RIEDSTADT Landesheil- und Pflegeanstalt Philipppshospital	66
BIOGRAFIE WILHELM KLEINSCHMIDT Sein „eigenartiges“ Lächeln	72
VITOS TEILHABE Heilerziehungsanstalt Kalmenhof	76
VITOS WEIL-LAHN Landesheilanstalt Weilmünster	82
VITOS WEIL-LAHN & GEDENKSTÄTTE HADAMAR Landesheilanstalt Hadamar	88
„EUTHANASIE“ IN HESSEN: Das Verbrechen verwalten	96
Chronologie der Ereignisse	100
Literatur	102

EINFÜHRUNG

Erinnern an die „Euthanasie“-Verbrechen

Die systematische Tötung von behinderten und psychisch kranken Menschen beginnt fast zeitgleich mit dem Überfall auf Polen im September 1939. Durch ein Ermächtigungsschreiben, das Adolf Hitler auf den 1. September zurückdatierte, werden Patientinnen und Patienten von Heil- und Pflegeanstalten erstmals mit ihren jeweiligen Krankheitsbildern in Meldebögen erfasst. Sie werden als „lebenswert“ oder „lebensunwert“ eingestuft. Zur Umsetzung des Krankenmordes wird eine Verwaltungszentrale eingerichtet: In der Berliner Tiergartenstraße 4 planen und organisieren Mitarbeiter die als „Euthanasie“ bezeichnete Mordaktion (Euthanatos bedeutet leichter, schöner Tod), die mit Blick auf die Adresse der Zentrale später „Aktion T4“ genannt wurde. In sechs Tötungsanstalten, unter anderem in der Landesheilanstalt Hadamar, werden Gaskammern und Krematorien eingerichtet und Tausende ermordet, seziert und verbrannt. Die „Aktion T4“ endet im August 1941.

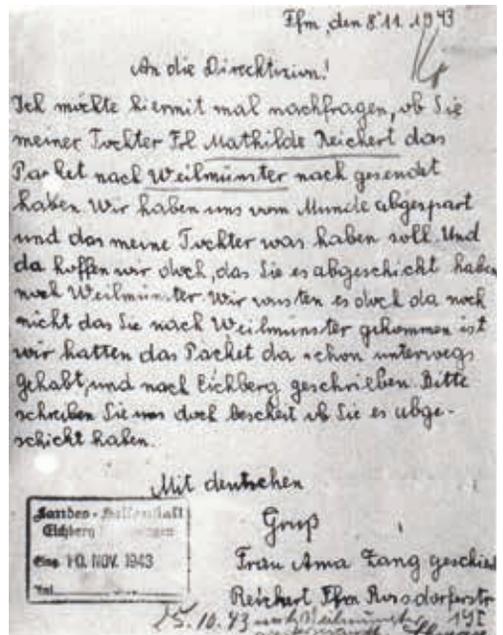
Danach werden bis 1945 kranke und behinderte Menschen in Heil- und Pflegeanstalten durch überdosierte Medikamentengaben, Hungerkost und Vernachlässigung ermordet.

Der Landeswohlfahrtsverband hat mit seiner Gründung die Verantwortung für zwölf hessische Landesheilanstalten und damit für das Erbe der „Euthanasie“-Verbrechen übernommen. Diese Broschüre zeichnet die Geschehnisse nach und zeigt die Gedenkortorte in Hessen, die sich heute überwiegend an Standorten des LWV-Unternehmens Vitos befinden. Und sie stellt vier Menschen vor, die in den Heilanstalten ermordet wurden.

Eugenik

In der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts setzte in der westlichen Welt ein enormer Aufschwung in Naturwissenschaft und Technik ein. Menschen wurden nach ihrer Nützlichkeit beurteilt. Biologistische Theorien hatten Konjunktur, insbesondere die

(Quelle: Archiv des LWV Hessen)



Eugenik, bei der humangenetische Erkenntnisse auf Bevölkerungs- und Gesundheitspolitik angewandt wurden, um den Anteil positiv bewerteter Erbanlagen zu vergrößern und negativ bewerteter Erbanlagen zu verringern.

Anfang des 20. Jahrhunderts entstanden in Deutschland, England, Schweden und den USA „Gesellschaften zur Rassenhygiene“. Deren Mitglieder plädierten unter anderem für die legale Tötung von schwachen oder behinderten Neugeborenen. Die Nationalsozialisten setzten solche Ideen in die Tat um, zunächst mit der zwangsweisen Sterilisation von Frauen und Männern, die ab Juli 1933 mit dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ begann.

Die Jahre 1933 bis 1945 in Hessen

Ein Hauptverantwortlicher in Hessen-Nassau war der Anstaltsdezernent Fritz Bernotat, dem alle Psychiatrien, später auch der Bereich der Schulen und Fürsorgeerziehung unterstanden. Das Sozialwesen wurde weitgehend „entkonnessionalisiert“. Anders als in anderen Teilen Deutschlands wurden 1934/1938 aus konfessionellen Einrichtungen nahezu alle „Heiminsassen“ abgezogen und auf die staatlichen Anstalten verteilt. Einige Häuser mussten binnen Tagen Hunderte von neuen Patienten aufnehmen. Dadurch verschlechterten sich die Lebensbedingungen in den Einrichtungen erheblich und die Todesrate stieg bereits vor Kriegsbeginn fast überall merklich an. Radikale Sparmaßnahmen kamen hinzu. Das Personal wurde ebenso reduziert wie die Mittel zur Ernährung und medizinischen Versorgung.

Die Lebensbedingungen in den Einrichtungen erheblich und die Todesrate stieg bereits vor Kriegsbeginn fast überall merklich an. Radikale Sparmaßnahmen kamen hinzu. Das Personal wurde ebenso reduziert wie die Mittel zur Ernährung und medizinischen Versorgung.

„Aktion T4“

1940 begannen die Morde an behinderten und psychisch kranken Menschen. Als die Tötungsanstalt Grafeneck in Württemberg geschlossen werden sollte, wurde die Landesheilanstalt Hadamar zur Mord-einrichtung umgebaut. Im Januar 1941 begannen die Morde in Hadamar.



Anstaltsdezernent Fritz Bernotat
(Quelle: BArch, R 9361-III/12200)



Mit grau lackierten Bussen wurden die Patienten von „Zwischenanstalten“ nach Hadamar gebracht. (Quelle: HHStA Wiesbaden, Abt. 461, 32442, Bd. 2)

Vor allem aus Nord- und Westdeutschland kamen Tausende von Heimbewohnern und Patienten in hessische „Zwischenanstalten“, um von dort nach Hadamar gebracht zu werden. Im August 1941 endete die Gasmordaktion.

„Dezentrale Euthanasie“

In Hadamar, auf dem Eichberg, in Weilmünster und im Kalmenhof entstanden ab August 1942 Mordstätten für erwachsene Patientinnen und Patienten aus dem Deutschen Reich. Medikamente wurden überdosiert oder eine Hungerkost gereicht. In vielen Anstalten stiegen die Sterberaten in den letzten Kriegsjahren weit über das Vorkriegsniveau an.

„Kindereuthanasie“

In den Anstalten Eichberg und Kalmenhof wurden 1941 „Kinderfachabteilungen“ eingerichtet. In den insgesamt über 30 „Kinderfachabteilungen“ des damaligen deutschen Territoriums wurden auf Anordnung des Berliner „Reichsausschuß zur wissenschaftlichen Erfassung von erb- und anlagebedingten schweren Leiden“ Kinder und Jugendliche zunächst begutachtet und dann ermordet. Die Zahl der in den Kinderfachabteilungen durch Medikamente oder Mangelernährung getöteten Kinder wird auf 5.000 geschätzt.

Mindestens 20.000 Menschen wurden während des Zweiten Weltkrieges und der NS-Herrschaft in hessischen Anstalten ermordet. Erst mit dem Einmarsch US-amerikanischer Truppen endeten die Morde; aufgrund der zuvor erlittenen Vernachlässigung und der schwierigen Situation bei Kriegsende starben aber auch weiterhin viele Patientinnen und Patienten. Vielfach waren die während des Zweiten Weltkrieges beschäftigten Ärzte, Pfleger und Schwestern auch über das Kriegsende hinaus in den Anstalten tätig.



Arthur Schuh
im Alter von vier Jahren

(Quelle aller Abbildungen
dieses Kapitels: Archiv des
LWV Hessen, Best. 12/K797)

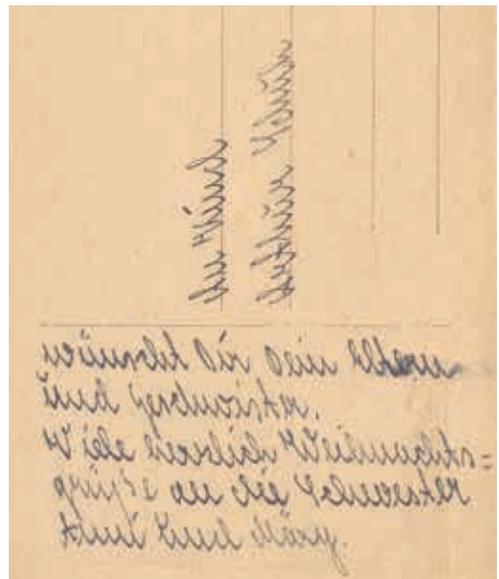
ARTHUR SCHUH

Eine Reichsmark für das Porto

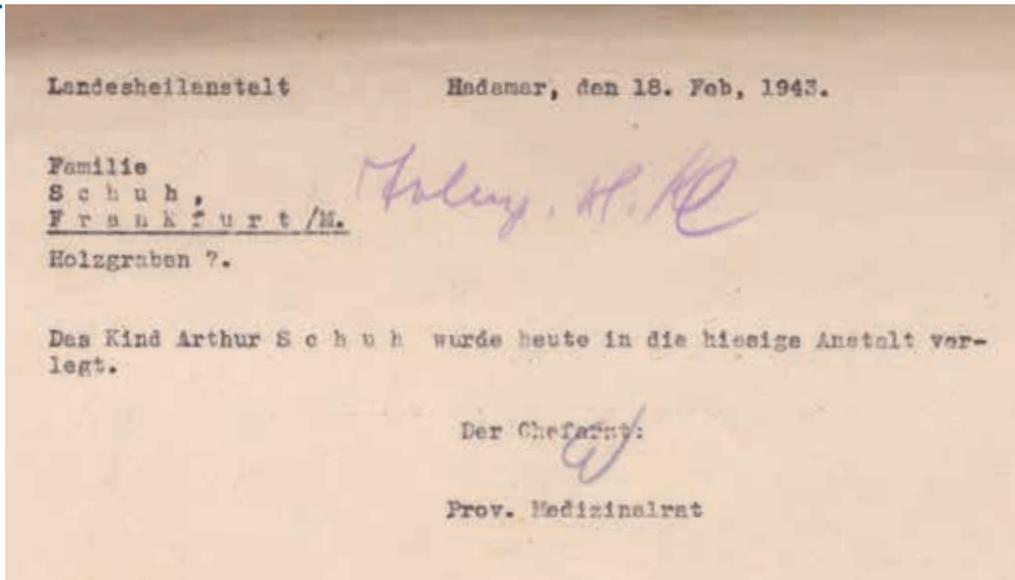
„Mit einem anderen Pflegling spielt er zusammen aber ganz schön, macht z. B. den Hund, der in die Hütte gesperrt wird, stellt Stühle um sich herum, macht unter dem Tisch wau wau.“* Arthur Schuh ist fünf Jahre alt, als er auf dem Fußboden sitzt, mit Bauklötzchen spielt und unter den Tisch krabbelt. Wie es viele Fünfjährige tun. Doch Arthur führt in diesem Sommer 1940 ein Leben jenseits einer glücklichen Kindheit. Nicht seine Mutter schaut ihm beim Spielen zu, es sind Krankenpfleger und -pflegerinnen, die ihn beobachten und ihre Erkenntnisse protokollieren. So wie diese: „Er spricht leise, kaum verständlich. Dabei macht er einen sehr schüchternen Eindruck, gibt auf Fragen nur mit einzelnen Worten Antwort, kann keine Sätze sprechen.“ Oder nur drei Monate später diese Notiz in der Krankenakte: „Sch. schwätzt viel vor sich hin ... Auch nachts erzählt er viel vor sich hin, stört dadurch die anderen Kinder erheblich im Schlaf, macht im Bett mit dem Kopf starke Pendelbewegungen.“ Im November 1940 stürzt der kleine Arthur, schlägt sich den Kopf auf, die Wunde wird versorgt, „bis eine starke Schwellung der ganzen Stirn und der Augenlider“ auftritt. „Dickflüssiger

Eiter“ tritt aus der Wunde. Arthur ist stark genug, gesundet und wird kurz darauf wie folgt beschrieben: „... kann ganz schön und ordentlich alleine essen, nimmt dazu aber die linke Hand. Er schmiert sich kaum voll dabei, isst mit gutem Appetit, aber nicht übermäßig, ist auch nicht wählerisch.“

Arthur ist im Dezember 1940 schon ein knappes Jahr in der Heilerziehungs- und Pflegeanstalt Scheuern bei Nassau/Lahn. Am 23. Januar hat ihn seine Mutter Erna



*Anmerkung der Redaktion: Dieser biografische Text entstand auf der Basis der Krankenakte. Die dort verwendete Sprache spiegelt vielfach die menschenverachtende Haltung der Ärzte und des Pflegepersonals wider, die Diagnosen wurden nach heutiger Erkenntnis willkürlich und zum Teil bewusst falsch erstellt. Sie dienten dazu, die menschenunwürdige Behandlung und Ermordung des Patienten zu rechtfertigen.



Schuh begleitet in sein neues Leben. Sie bringt ihn in die Anstalt wohl im Glauben, dort würde ihm geholfen, der sich so schwer mit dem Sprechen tut. Und sie, die Mutter, wird entlastet von dem schwierigen Kind, hat sie doch noch zwei weitere Söhne. Der Vater ist Schlosser, mit seinen 48 Jahren 22 Jahre älter als seine zweite Frau Erna. Die erste Ehe – „schuldig“ geschieden wegen Gewalttätigkeit gegen die Ehefrau und Trunksucht, so steht es in den Akten. Erna Schuh sei selbst „hochgradig schwachsichtig“, geht dennoch putzen, denn der Verdienst des Vaters langt vorne und hinten nicht. Und dann noch Arthur. Mit sieben Monaten erkrankt er an Hirnhautentzündung, verbringt zwei Monate in der Universitätskinderklinik in Frankfurt. Er überlebt, aber später werden die Ärzte sagen, die Enzephalitis sei schuld an Arthurs „Idiotie“.

Es ist die nach dem Krieg sehr angesehene Kinder- und Jugendpsychologin Dr. Carola Hannappel, die als Ärztin der

Fürsorgestelle für Gemüts- und Nervenranke in der Frankfurter Braubachstraße Arthur Schuh untersucht und die Einweisung nach Scheuern dringend empfiehlt. Ende Juli 1939 ist das. Im Fragebogen vermerkt sie über den Viereinhalbjährigen: „sehr lebhaft, heftig; ab und zu böseartig“ und weiter „fahrig – nicht zu fixieren“. Unter der Überschrift „Speziell für Idioten“ steht als Antwort auf die Frage, ob er spricht: „da“ – „ada“ – „Heil Hitler“. Hannappels Prognose angesichts der schwierigen Lage im Elternhaus: „Es besteht die Gefahr der Verwahrlosung. Deshalb ist die Unterbringung in einer Anstalt für Schwachsinnige (Scheuern/Nassau) unbedingt erforderlich.“ Es wird das Todesurteil für Arthur Schuh sein. Denn Scheuern wird später „Zwischenanstalt“ für die Tötungsanstalt Hadamar.

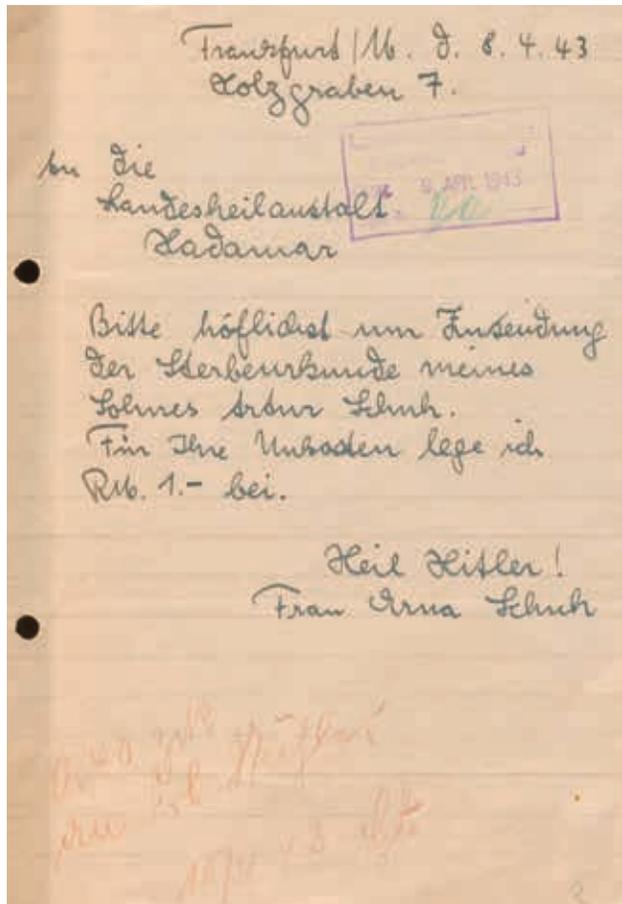
Briefe seiner Eltern zeugen davon, dass sie sich immer wieder nach seinem Wohlergehen erkundigen. Mehrfach schreiben sie an den Direktor und „Schwester Anni“

und schicken Päckchen zum Geburtstag und zu Weihnachten: „Wir bitten Sie, die Sachen ihm zu übergeben. Wir wissen ganz genau, daß er sich über die Puppe mächtig freut ... Sind Sie so freundlich und teilen Sie mir bitte mit, was er machte, bei dem Empfang der Sachen.“ Und immer liegt die Briefmarke für die Rückantwort bei.

Die Antwort fällt immer ähnlich aus: „Ich bestätige Ihnen den Eingang Ihres Weihnachtspäckchens für Arthur, die Schwester hat ihm den Inhalt nach und nach gegeben und er hat sich darüber gefreut.“ Oder: „Im Befinden Arthurs ist eine Veränderung nicht zu verzeichnen.“ Nur am 15. April 1941 heißt es: „Er macht auch nette kleine Fortschritte im Sprechen.“ In der Krankenakte schlägt der Ton Mitte 1941 um. Handschriftlich ist vermerkt: „Beschäftigt sich nicht, sitzt stumpf da, völlig uninteressiert an anderen Jungen.“ Am 10. Dezember heißt es: „Keinerlei Änderung. Nicht beschulungsfähig ...“, am 3. Mai 1942: „läßt keine weitere geistige Entwicklung erkennen“, am 12. Oktober: „... sitzt für sich allein auf einem Fleck, stundenlang ohne sich zu rühren ...“. Und schließlich am 18. Februar

1943: „wird heute nach Hadamar entlassen.“ Das Todesurteil.

Am 16. März der Eintrag: „Erkrankte an Darmkatarrh“, am 17. März um 8.30 Uhr „exitus“. Am 8. April schreibt Erna Schuh an die Landesheilanstalt Hadamar: „Bitte höflichst um die Zusendung der Sterberkunde meines Sohnes Artur Schuh.“ Für das Porto legt sie eine Reichsmark bei.





*Historische Leichenhalle
(Foto: Uwe Zucchi)*

Landesheilanstalt Gießen

Gründung

- 1911 als Landes-Heil- und Pflegeanstalt Gießen in unmittelbarer Nachbarschaft der 1903 gegründeten „Oberhessischen Provinzial-Pflege- und Siechenanstalt“ (Nach heutigem Begriff ein Altersheim. Es bildet zusammen mit der Heil- und Pflegeanstalt den historischen Kern des Psychiatriedienstleisters Vitos Gießen-Marburg am Standort Gießen.)

Vitos Gießen-Marburg heute

- fünf Fachkliniken:
 - Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Gießen
 - Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Marburg
 - Klinik für Psychosomatik Gießen
 - Klinik Lahnhöhe (Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie)
 - jugendforensische Klinik Marburg
- begleitende psychiatrische Dienste Gießen-Marburg mit den Bereichen Wohnen, Arbeit, Freizeit zur sozialen Unterstützung chronisch psychisch kranker Menschen und Übergangseinrichtung
- Schule für Gesundheitsberufe Oberhessen

1933 bis 1945

- Landesheilanstalt Gießen
- 1940 „Sammelanstalt“ für jüdische Patienten aus Nordhessen und dem westlichen Westfalen
- ab 1940 neurologisch-psychiatrische Beobachtungsstation für nerven- kranke Mitglieder der Waffen-SS
- von 1941 bis Kriegsende Betrieb einer Station als Infektionsabteilung der Universitäts-Kinderklinik
- Pflegeeinrichtung (ehemalige „Oberhessische Provinzial-Pflege- und Siechenanstalt“)



Die Jahre 1933 bis 1945 in Gießen

Ende 1933 begannen Entlassungen von Personal mit sozialdemokratischem, kommunistischem und/oder gewerkschaftlichem Hintergrund. Auch der damalige Ärztliche Direktor wurde entlassen und erst nach Ende des Zweiten Weltkrieges wieder eingesetzt. Patienten und Patientinnen der Heil und Pflegeanstalt wurden in großer Zahl ab 1934 zwangssterilisiert.

Die Gießener Heil- und Pflegeanstalt wurde im September 1940 „Sammelanstalt für jüdische Patienten und Heimbewohner“ aus Nordhessen und dem westlichen Westfalen. Am 1. Oktober 1940 wurden über 100 Menschen zur Ermordung nach Brandenburg gebracht.

Die Pflegeeinrichtung erhielt 1940 im Rahmen der „Aktion T4“ für ihre damals 300 Bewohner 131 Meldebögen, die Klinik für 800 Betten 642 Meldebögen.

Aus der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt und der Provinzial-Pflege- und Siechenanstalt wurden mindesten 261 Patienten und Heimbewohner über die Zwischenanstalt Weilmünster zur Ermordung nach Hadamar verlegt. Wie viele Patienten außerdem aus dem



*links:
Wohnhaus für Offiziere
der Waffen-SS*

*Mitte und rechts:
das „Feste Haus“
(Fotos: Uwe Zucchi)*

„Festen Haus“ ab 1942 ermordet wurden, ist nicht bekannt, in der Dauerausstellung sind mehrere Einzelschicksale dokumentiert.

Die Sterberate erhöhte sich seit 1933 stetig von 3,9 Prozent auf 13,5 Prozent (1940), lag 1942 bei 11,8 Prozent und 1945 bei 25,6 Prozent. In der dezentralen Phase der „Euthanasie“ starben besonders viele Patienten an Vernachlässigung, Überbelegungen und bewusst unzureichender Versorgung.

Ab Juni 1940 wird eine neurologisch-psychiatrische Abteilung für nervenranke Männer der Waffen-SS eingerichtet, die bis März 1945 über 5.000 Behandlungsfälle aufwies bei einer mittleren Behandlungsdauer von etwa sechs Wochen.

Ab 1941 wurde bis über das Kriegsende hinaus eine Station als Infektionsabteilung der Universitäts-Kinderklinik betrieben.

Ab 1942 wurden vermehrt Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter aufgenommen, der Platz für die traditionelle Patientengruppe sank: 1939: 650 Patienten, 1940: 700, 1941: 400, 1942: 450, 1943: 425, 1944: 460.



*Mahnmal auf dem Klinikgelände Gießen
(Foto: Uwe Zuchli)*

Gedenken in Gießen

Seit 2016 findet, jeweils zum 1. September, eine offizielle Gedenkstunde für die ermordeten Patientinnen und Patienten statt.

In Absprache finden Führungen über das Gelände und durch die Dauerausstellung „Vom Wert des Menschen“ statt, besonders Schulen, aber auch die Universität nutzen den historischen Lernort. Seit der Eröffnung 1998 haben über 26.000 Menschen dieses Angebot wahrgenommen.

Historische Leichenhalle



*Eine von fünf
Gedenktafeln des Mahnmals
(Fotos: Uwe Zucchi)*



Adresse

Vitos Gießen-Marburg gemeinnützige GmbH
Licher Straße 106, 35394 Gießen
www.vitos-giessen-marburg.de
info@vitos-giessen-marburg.de



Literatur

Uta George, Herwig Groß, Michael Putzke, Irmtraut Sahmland, Christina Vanja (Hg.): Psychiatrie in Gießen. Facetten ihrer Geschichte zwischen Fürsorge und Ausgrenzung, Forschung und Heilung, Gießen 2003 (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Quellen und Studien, Bd. 9)

5 In der ursprünglichen „klinischen Abteilung“ für männliche Patienten (M 2) sowie in weiteren 7 Gebäuden der Landesheilanstalt wurden im Verlauf des zweiten Weltkrieges schließlich 500 Lazarettbetten eingerichtet. Für die Krankenbehandlung standen z.B. 1942 nur noch 6 von 15 Gebäuden zur Verfügung. Diesen Lazaretttraum zu schaffen war u. a. auch Zweck der „Euthanasiemaßnahmen“ gegen die psychisch Kranken. Mindestens 260 Marburger Patienten fanden dadurch den Tod.

Historischer Pfad
auf dem Klinikgelände
Marburg
(Foto: Uwe Zucchi)

VITOS GIEßEN-MARBURG

Landesheilanstalt Marburg

Gründung

- 1876 als „Irrenheilanstalt Marburg“
- ab 1901 Benennung als „Landheilanstalt für Geisteskranke“

Vitos Gießen-Marburg heute

- fünf Fachkliniken:
 - Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Gießen
 - Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Marburg
 - Klinik für Psychosomatik Gießen
 - Klinik Lahnhöhe (Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie)
 - jugendforensische Klinik Marburg
- begleitende psychiatrische Dienste Gießen-Marburg
 - mit den Bereichen Wohnen, Arbeit, Freizeit zur sozialen Unterstützung chronisch psychisch kranker Menschen und Übergangseinrichtung
- Schule für Gesundheitsberufe Oberhessen

1933 bis 1945

- Landesheilanstalt Marburg
- 1939 bis 1945 Lazarett

Die Jahre 1933 bis 1945 in Marburg

Während der NS-Zeit, vor allem aber zwischen 1934 und 1939, wurden von der Marburger Anstalt ausgehend 320 Anträge auf Zwangssterilisation gestellt, denen vom Erbgesundheitsgericht meist entsprochen wurde. Die Sterilisationen erfolgten bei den Frauen in der Universitätsfrauenklinik, bei den Männern zunächst in der chirurgischen Universitätsklinik. 1936 wurde in der Anstalt im damaligen „Haus M8“ eigens ein OP-Raum eingerichtet. Zwischen 1937 und 1939 war das „Amt für Erb- und Rassenpflege“ in zwei Räumen im sogenannten Männerpensionat angesiedelt.

In den Jahren 1937 bis 1939 kam es unter der offiziellen Begründung einer rationelleren Ausnutzung des Anstaltsraums zu Verlegungen aus konfessionellen und privaten Einrichtungen, wobei die Marburger Anstalt circa 150 neue Patienten, darunter auch einige Kinder zum Beispiel aus Hephata, Bethel und aus den Marburger kirchlichen Heimen Bethesda und Elisabethenhof aufnahm. Die Belegung stieg auf zeitweise über 700 Patienten.

Während des Krieges wurde ein Lazarett innerhalb der Anstalt eingerichtet. Es wuchs im Verlauf des Krieges bis 1945 auf 500 Lazarett-

betten in der Marburger Anstalt.

Im Juni 1940 erhielt Marburg 585 Meldebögen zur Erfassung der Patienten, nach erster Verzögerung wurden insgesamt über 1.000 Marburger Patienten nach Berlin gemeldet.

Ende September 1940 wurden acht Marburger „jüdische Patienten“ in die Landes-

Heil- und Pflegeanstalt Gießen verlegt, die von dort aus am 1. Oktober in die „Tötungsanstalt Brandenburg“ zur Ermordung gebracht wurden.

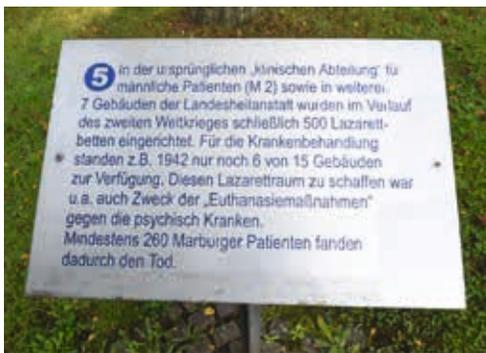


Ehemalige „Frauenaufnahme“ (Foto: Uwe Zuchti)

Gedenken in Marburg

Im Rahmen der „Aktion T4“ wurden im April, Juni und September 1941 insgesamt 226 Marburger Patienten über die Zwischenanstalten Weilmünster, Scheuern, Herborn in die Tötungsanstalt Hadamar verlegt.

Das Unternehmen verfügt seit 2004 über einen historischen Pfad zur Unternehmensgeschichte. In individuell gestalteten Führungen wird der Krankenmord als Teil der Unternehmensgeschichte thematisiert.



*Historischer Pfad
(Fotos: Uwe Zucchi)*

Adresse

Vitos Gießen-Marburg gemeinnützige GmbH
Cappeler Straße 98, 35039 Marburg
www.vitos-giessen-marburg.de
info@vitos-giessen-marburg.de



Literatur

Peter Sandner, Gerhard Aumüller, Christina Vanja (Hg.): Heilbar und nützlich. Ziele und Wege der Psychiatrie in Marburg an der Lahn, Marburg 2001 (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Quellen und Studien, Bd. 8)



Gedenkstein auf
dem Friedhof Haina
(Foto: Uwe Zucchi)

VITOS HAINA

Landesheilanstalt Haina

Gründung

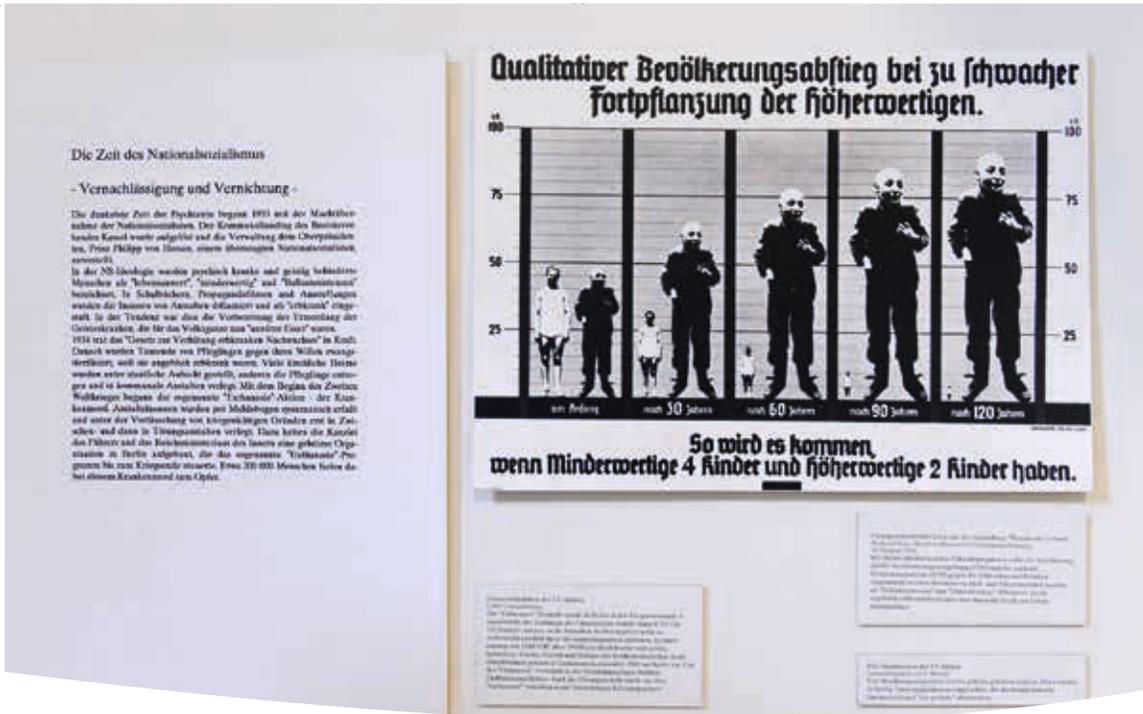
- 1533 als Hospital für arme, alte und kranke Männer aus der Landbevölkerung im aufgehobenen Zisterzienserkloster Haina
- als eines der vier von dem hessischen Landgraf Philipp gestifteten „Hohen Hospitäler“ eine der ältesten psychiatrischen Einrichtungen der Welt
- seit 1929 Landesheil- und Pflegeanstalt für „geisteskranke Männer“

Vitos Haina heute

- zwei psychiatrische Fachkliniken:
Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Haina
Klinik für forensische Psychiatrie Haina
- forensisch-psychiatrische Ambulanz Hessen, Haina
- begleitende psychiatrische Dienste Haina
mit den Bereichen Wohnen, Pflege, Arbeit und Freizeit zur sozialen Unterstützung chronisch psychisch kranker Menschen

1933 bis 1945

- Landesheilanstalt Haina
- 1934 Verlegung einer Abteilung des „Reichsarbeitsdienstes“ nach Haina (untergebracht in einem Flügel des Hauptgebäudes der Heilanstalt)
- nach Kriegsbeginn Einrichtung eines Reservelazaretts der deutschen Wehrmacht sowie eines Lazaretts für augenverletzte Kriegsgefangene



Die Jahre 1933 bis 1945 in Haina

Eine große Zahl von Patienten aus Haina wurde vor allem in den Jahren 1934 und 1935 in der chirurgischen Universitätsklinik Marburg zwangssterilisiert.

Die Patientenzahlen stiegen von 850 Plätzen 1937 bis auf 1.200 im Jahr 1940. Im Sommer 1940 erhielt das Unternehmen 1.012 Meldebögen von der „T4“-Zentrale.

Im Juli 1937 wurden als Rückführung von konfessionellen Einrichtungen in staatliche Anstalten 26 Männer aus dem St. Antoniusheim in Fulda und im April 1938 42 Männer und 20 Frauen aus Bethel nach Haina verlegt.

Ab 1937 lebten auch Patientinnen aus der Landesheilanstalt Merxhausen als hauswirtschaftliche Arbeitskräfte in Haina; zugleich wurden männliche Häftlinge aus der Korrekptions- und Landarmenanstalt Breitenau zur Arbeit eingesetzt.

Nach Kriegsbeginn wurden 91 Patienten der Heil- und Pflegeanstalt Merzig/Saar zeitweilig nach Haina evakuiert.

Für ein Reservelazarett der Wehrmacht musste die Landesheilanstalt 562 Betten zur Verfügung stellen. 1941 kamen 500 Kriegsge-



*ganz links:
Informationstafeln zur Eugenik im
Psychiatriemuseum Haina*

*links:
Klinikgebäude Vitos Haina
(Fotos: Uwe Zucchi)*

fangene (zunächst insbesondere Franzosen, später sowjetische Staatsbürger) mit Wachmannschaft hinzu. Die kontinuierliche Verschlechterung der Ernährungssituation aufgrund reduzierter Pflegesätze sowie der Abzug von Pflegepersonal führten dazu, dass die Todesrate drastisch anstieg. Ab 1940 starben durchschnittlich mehr als dreimal so viele Patienten wie in den Vorkriegsjahren.

30 nach den „Nürnberger Gesetzen“ als „jüdisch“ eingestufte Patienten wurden am 25. September 1940 nach Gießen gebracht und am 1. Oktober in Brandenburg/Havel ermordet.

443 Patienten wurden im Frühsommer 1941 in die „Zwischenanstalten“ Idstein und Weilmünster verlegt, 411 von ihnen wurden zur Ermordung nach Hadamar weitertransportiert.

Im April 1944 wurden 17 Männer, die nach § 42b Strafgesetzbuch (betraf „kriminelle Geisteskranken“) eingewiesen worden waren, in das KZ Mauthausen bei Linz „zur Vernichtung durch Arbeit“ deportiert.

Von den sowjetischen Kriegsgefangenen, die die Franzosen nach und nach ablösten, starben sehr viele an bewusst herbeigeführter Unterernährung und an Krankheiten.



*Gedenktafel
auf dem
Klinikgelände*

Gedenken in Haina

In Haina wurde im Mai 1989 auf dem Gelände des psychiatrischen Krankenhauses eine Gedenktafel zur Erinnerung an die Patienten der NS-Zeit eingeweiht.

Im Oktober 1990 errichtete der Landeswohlfahrtsverband Hessen auf dem örtlichen Friedhof einen Gedenkstein.

1992 wurde im Kreuzgang der alten Klosteranlage das Psychatriemuseum Haina eröffnet, das eine Ausstellung zur Hospital- und Krankenhausgeschichte enthält, die auch die NS-Zeit dokumentiert.



*Gedenkstein auf dem örtlichen Friedhof
(Fotos: Uwe Zucchi)*

Adresse

Vitos Haina gemeinnützige GmbH
Landgraf-Philipp-Platz 3, 35114 Haina (Kloster)
www.vitos-haina.de
info@vitos-haina.de



Literatur

Christina Vanja: Psychatriemuseum Haina, Petersberg 2009
(Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Kataloge, Bd. 3)



Maria Schreiner

rechts: Postkarte des Ehemannes an die Landesheilanstalt Hadamar (Quelle aller Abbildungen dieses Kapitels: Archiv des LWV Hessen, Best. 12/K5148)

MARIA SCHREINER

Unterzeichnet: Der Direktor

„Bitte sind Sie so gut und schicken Sie meine Frau sofort ab. Für die Logiskosten meiner Frau bezahle ich.“* Robert Schreiner schreibt diese Zeilen am 28. November 1938 an den Direktor der Landesheilanstalt Hadamar. Er ist verzweifelt, ohne seine Frau Maria funktioniert zu Hause mit den fünf Kindern nichts. Maria, ein Foto zeigt sie: Ihr Gesichtsausdruck spiegelt ein einziges „Ach“, ein fragender Blick, einer, der von Kummer spricht. Ein weiches, fülliges Gesicht mit Stupsnase, eingerahmt von dunklem Haar, kinnlanger Pagenschnitt. Um die Schultern gelegt ein kariertes Tuch mit Fransen. Seit einigen Monaten lebt sie in der Anstalt, Diagnose: Schizophrenie. Ihr Mann hofft auf Besserung, auf die baldige Heimkehr der Frau, doch die Antwort ernüchert: „Ihre Frau ist äusserst stumpf und gleichgültig. Ab und zu beschäftigt sie sich mit einfachen Arbeiten. Mit ihrem

Aeusseren ist sie unsauber und nachlässig. Irgendwelche Teilnahme oder gemütlliche Ausserungen zeigt sie nicht.“ Unterzeichnet: Der Direktor.

Für die Familie Schreiner folgt eine lange Leidenszeit. Dabei schien in ihrem Leben alles ganz normal. Mit 24 Jahren heiratet Maria 1927 den drei Jahre älteren Robert Schreiner. Sie bekommt Kinder, ihr Mann arbeitet. Doch während ihrer fünften Schwangerschaft 1937 mischt sich der Staat in das Familienleben ein. In einem Schriftwechsel geht es um die „Unfruchtbarmachung“ ihres Mannes, der wegen „angeborenen Schwachsinn“ bereits am 10. August 1937 „unfruchtbar gemacht“ worden sei. Maria Schreiner entgeht der bereits beschlossenen Sterilisation nur, weil sie zum fraglichen Zeitpunkt im Januar 1938 im siebten Monat schwanger ist.



*Anmerkung der Redaktion: Dieser biografische Text entstand auf der Basis der Krankenakte. Die dort verwendete Sprache spiegelt vielfach die menschenverachtende Haltung der Ärzte und des Pflegepersonals wider, die Diagnosen wurden nach heutiger Erkenntnis willkürlich und zum Teil bewusst falsch erstellt. Sie dienten dazu, die menschenunwürdige Behandlung und Ermordung der Patientin zu rechtfertigen.

Weilmünster, den 3. Juli 1944

An den
Herrn Reichsstatthalter der
Westmark, Sachgebiet,
Landesfürsorgeverband

S a a r b r ü c k e n.

Betr: Maria Schreiner, geb. 3.4.1903, aus Stennweiler

Obengenannte ist heute in der hiesigen Anstalt verstorben. An Beerdigungskosten werden 30.-Rm. entstehen.

Der Direktor. *J. J. J.*
Obermedizinalrat.

Doch mit der Geburt des fünften Kindes bricht das Leben der Familie gänzlich auseinander. Maria Schreiner kommt nach Hadamar. Ihr Ehemann Robert ist fortan für die fünf Kinder alleine verantwortlich, seine Frau fehlt ihm an allen Ecken und Enden. So sehr, dass er sich im April 1939 entschließt, ein Kind zur Adoption freizugeben. Der Notar ist bemüht, die Einwilligung der Mutter einzuholen, doch aus Hadamar heißt es: „Frau Maria Schreiner [...] ist wegen geistiger Störung (Schizophrenie) zur Abgabe von Willenserklärungen nach menschlichem Ermessen dauernd ausserstande.“

Im August 1939 wird Maria Schreiner in die Landesheilanstalt Herborn verlegt, mit ihrer ganzen Habe: ein Sommerkleid, ein Winterkleid, ein Unterrock, ein Hemd, ein Paar Strümpfe, zwei Taschentücher, ein Paar Schuhe, ein Beinkleid, ein Mantel. Persönliches? Braucht der Mensch in

der Anstalt nicht zum Überleben. Robert Schreiner schreibt im November 1939, schwarze Tinte auf Papier, Sütterlin, die Rechtschreibung unsicher: „Ich bin Vamielenvater von vier Kinder, habe einen alten Vater u. eine alte Mutter bei mir u. habe keine Hilfe ... u. mit andern Leute einzustellen das wird mir zu deuer.“ Die Frau fehlt vor allem als Arbeitskraft zu Hause. Wieder die Bitte zu antworten, verknüpft mit der Hoffnung auf Besserung – und dass mit der Rückkehr der Frau der Alltag leichter würde: „wird meine Frau noch einmal gesund oder nicht? Der Homburger Arzt meinte in einem halben Jahr könnte sie wieder hergestellt sein.“ Doch mit der Antwort stirbt der letzte Funken Hoffnung auf Genesung: Ein Brief der Frau liege bei, der zeige, dass sie noch sehr verwirrt sei und keinen zusammenhängenden Gedankengang habe. Eine Aussicht auf Besserung bestehe nicht, sie zeige kein Interesse

an ihrer Umgebung und auch nicht an der Familie, so dass ein Aufenthalt in der Familie für absehbare Zeit ausgeschlossen sei. Im Jahr darauf, im August 1940, fragt ihr Mann erneut an: „Ich lebe in meiner Familie allein mit drei kleine Kinder und arbeite in der Grube. Oder soll die Nervenkrankheit auf ewig dauern. Bitte sind sie mal so gut und schreiben sie mal.“ Drei kleine Kinder, müssten es nicht vier sein? Warum es nur noch drei sind, bleibt ungewiss.

Patientenbeobachtungen gibt es keine, die erzählen könnten, wie Maria Schreiner lebt, was sie sagt, was sie macht. Nur einige offizielle Schreiben dokumentieren die Übernahme der Pflegekosten „für bezirkshilfsbedürftige Kranke“. Ihr Mann weiß zwischenzeitlich nicht einmal mehr, wo sie sich aufhält. Er fragt im Februar 1941 in Herborn nach, ob sie sich dort befinde. Noch ist sie dort, sie verlässt Herborn erst im Juli, als das Gebäude von der Wehrmacht als Lazarett für verwundete Soldaten von der Ostfront benötigt wird. Maria Schreiner kommt in die Landesheilstation Weilmünster, die bis Mitte 1941 „Zwischenanstalt“ für die Todeskandidaten ist, die in Hadamar ermordet werden. Zwei weitere Jahre verbringt sie in Weilmünster, bis sie am 16. Juli 1943 tatsächlich entlassen wird „zum Ehemann nach Stennweiler“. Die Hoffnungen von Robert Schreiner auf Unterstützung im Alltag erfüllen sich nicht. Im Gegenteil,

Maria ist eine Last. Schon sechs Wochen später nimmt Weilmünster sie wieder auf. Dieses Mal ist ihre Widerstandskraft gegen das Anstaltsleben nicht stark genug. Nun heißt es nicht länger, sie sei körperlich in guter Verfassung. Am 10. Mai 1944 erhält ihr Ehemann ein Schreiben: „Der Gesundheitszustand Ihrer Ehefrau, Maria Schreiner, geboren am 3.4.1903, hat sich in den letzten Tagen derart verschlechtert, dass er zu ernstesten Befürchtungen Anlass gibt. Besuch ist an einem beliebigen Tage gestattet.“ Ob Robert Schreiner seine Frau noch einmal lebend gesehen hat? Am 3. Juli 1944 ergeht ein Telegramm an ihn: „Ehefrau verstorben. Beerdigung Donnerstag 14.15 Uhr.“

Der Tod seiner Frau lässt ihm auch viele Jahre später keine Ruhe. An ihrem 30. Todestag schreibt Robert Schreiner, immer noch wohnhaft in Stennweiler, mit Kugelschreiber in Sütterlin an die Landesheilstation Weilmünster. Er bittet „hochachtungsvoll“ um die Krankenakte seiner Frau, die er seinem Hausarzt zeigen möchte. Und erhält mit Datum 4. November 1974 zwei nüchterne Zeilen zurück: „Wie aus unseren Unterlagen ersichtlich, hat es sich bei Ihrer verstorbenen Frau um eine Schizophrenie gehandelt. Mit freundlichem Gruss! Der Direktor.“



*Glasfries Raum der Stille
(Foto: Bettina Müller)*

VITOS HEPPENHEIM

Landesheil- und Pflegeanstalt Heppenheim

Gründung

- 1866 durch das Land Hessen-Darmstadt

Vitos Heppenheim heute

- zwei Fachkliniken:
Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Heppenheim
Klinik für Psychosomatik Heppenheim

1933 bis 1945

- Landesheil- und Pflegeanstalt Heppenheim
- ab Januar 1941 Reservelazarett für Kriegsgefangene

Die Jahre 1933 bis 1945 in Heppenheim

In der Landesheil- und Pflegeanstalt Heppenheim wurden ab 1934 im Zuge der nationalsozialistischen „Rassenhygiene“ zahlreiche Patientinnen und Patienten zwangssterilisiert. Ihre genaue Zahl ist jedoch nicht bekannt. Dokumentiert ist hingegen, dass die Anstalt mit damals 500 Plätzen im Sommer 1940 655 Meldebögen aus der Berliner „Euthanasiezentrale“ erhielt.

287 Patienten (134 Frauen, 153 Männer) der Landesheil- und Pflegeanstalt Heppenheim wurden im Rahmen der „Aktion T4“ bis April 1941 zunächst in die Zwischenanstalten Eichberg, Weilmünster und Scheuern verlegt. Diejenigen, die nicht bereits dort starben, wurden nach Hadamar gebracht und dort ermordet.

Die Einrichtung Heppenheim diente 1941 als „Sammelanstalt“ für etwa 100 jüdische Patientinnen und Patienten aus über zwanzig Einrichtungen in Hessen und Baden. Sie wurden nach Heppenheim gebracht, bevor sie von dort aus am 4. Februar 1941 zur Ermordung nach Hadamar abtransportiert wurden.

Um Platz für ein Lazarett für Kriegsgefangene zu schaffen, wurden die meisten der noch in Heppenheim verbliebenen Patienten in das Philippshospital in Goddelau (heute Vitos Riedstadt) verlegt. Für das Kriegsgefangenenlazarett wurde die Belegzahl auf 700 Betten erhöht. Während für die französischen Kriegsgefangenen französische Ärzte eingesetzt wurden, blieben kranke sowjetische Gefangene fast ohne Betreuung. Mindestens 385 von ihnen starben bis 1945 entweder aufgrund ihrer Verletzungen oder wegen unzureichender Versorgung.

*Gedenkplatte im Eingangsbereich der neuen Klinik
(Foto: Bettina Müller)*



Gedenken in Heppenheim

Ein Gedenkort vor der Klinik erinnert an die Opfer des Nationalsozialismus.

„Wir gedenken der Opfer des nationalsozialistischen Krankenmordes“, steht auf der runden Gedenktafel, die 1995 vor dem Hauptgebäude an der Ludwigstraße aufgestellt wurde.

„Auch aus unserem Krankenhaus wurden Frauen und Männer zwangsweise in andere Einrichtungen gebracht, dort vernachlässigt,

gequält und getötet. Auch aus der Reihe der uns anvertrauten Menschen hat man viele angeblich Erbkrankte gegen ihren Willen sterilisiert“, heißt es in der Inschrift. „Möge diese Tafel für immer an dieses entsetzliche Unrecht erinnern und uns auffordern, uns gegen jede Entwicklung zu wehren, die wieder in eine solche Richtung gehen könnte“, ist in der Eingangshalle zu lesen.

*Gedenkplatte
(Foto: Bettina Müller)*



Adresse

Vitos Heppenheim gemeinnützige GmbH
Viernheimer Straße 4, 64646 Heppenheim
www.vitos-heppenheim.de
info@vitos-heppenheim.de



Literatur

Psychiatrie in Heppenheim. Streifzüge durch die Geschichte eines hessischen Krankenhauses 1866–1992, Kassel 1993 (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Quellen und Studien, Bd. 2)



*Historisches
Krankenstationsgebäude
(Foto: Uwe Zucchi)*

VITOS HERBORN

Landesheil- und Pflegeanstalt Herborn

Gründung

- 1911 als Landesheil- und Pflegeanstalt Herborn in Form einer Villenkolonie zur Pflege und Betreuung chronisch psychisch kranker Menschen

Vitos Herborn heute

- drei Fachkliniken:
Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Herborn
Klinik für Psychosomatik Herborn
Klinik Rehberg (Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie)
- begleitende psychiatrische Dienste Herborn
mit den Bereichen Wohnen, Pflege, Arbeit und Freizeit zur sozialen Unterstützung chronisch psychisch kranker Menschen
- Schule für Gesundheitsberufe Mittelhessen

1933 bis 1945

- Landesheil- und Pflegeanstalt Herborn
- ab August 1941 bis 1946 Einstellung der psychiatrischen Arbeit und Betrieb eines Wehrmachtslazaretts
- Durchgangslager für Kriegsgefangene

Die Jahre 1933 bis 1945 in Herborn

Mit Beginn des Nationalsozialismus wurde die Einrichtung in Herborn sofort in das menschenfeindliche Programm der Rassenhygiene einbezogen: Mindestens 1.184 Frauen und Männer wurden hier zwischen 1934 und 1939 zwangssterilisiert. Die Betroffenen kamen aus mehreren Landesheilanstalten des Regierungsbezirks Wiesbaden, nämlich Hadamar, Idstein, Scheuern und Weilmünster.

Wie in allen Einrichtungen des Regierungsbezirks stieg auch in Herborn die Bettenzahl: Von 1.288 Betten im Jahr 1939 auf 1.665 Betten im März 1940. Die Lebensbedingungen verschlechterten sich kontinuierlich: Die Pflegesätze sanken, Lebensmittelrationen wurden gekürzt, es herrschte Überbelegung.

Im Juni 1940 wurden in Herborn die Meldebögen der „Aktion T4“ verteilt.

Am 25. September 1940 wurden 22 Frauen und 16 Männer, die nach den Rassegesetzen als Juden galten, in die Landesheil- und Pflegeanstalt Gießen verlegt. Von dort wurden sie zusammen mit anderen jüdischen Patienten am 1. Oktober 1940 in die Tötungsanstalt Brandenburg verlegt und dort ermordet.

Von Januar bis März 1941 wurden 774 Patientinnen und Patienten von Herborn nach Hadamar gebracht und in der Gaskammer ermordet. Die in der Anstalt frei gewordenen Plätze dienten der vorübergehenden Aufnahme von Patienten aus anderen Anstalten. Denn bis Juli 1941 war Herborn „Zwischenanstalt“ für die Tötungseinrichtung in Hadamar. Nach heutigem Kenntnisstand wurden 885 Patienten aus sechs Anstalten für kurze Zeit nach Herborn gebracht. Sie kamen aus Aplerbeck, Lüneburg, Lübeck-Strecknitz, Warstein, Marburg und Merxhausen zur anschließenden Weiterverlegung und Ermordung in Hadamar. 18 Menschen starben vor dem Weitertransport in Herborn, neun von ihnen wurden nicht weiterverlegt, sondern blieben in Herborn. Insgesamt wurden fast 2.000 Frauen und Männer, die länger oder kürzer in Herborn waren, Opfer der NS-„Euthanasie“.

Ende Juli 1941 wurde in Herborn die psychiatrische Arbeit komplett eingestellt. Die noch verbliebenen Patienten verteilte man auf die Anstalten Weilmünster, Eichberg, Kalmenhof/Idstein und Scheu-



*Klinikgelände in Herborn
(Foto: Uwe Zucchi)*

ern. Kurze Zeit diente die Anstalt als Landverschickungsheim für Kinder. Sie wurde dann aber von Mitte August 1941 bis 1946 als Lazarett für verletzte und kranke Angehörige der Wehrmacht genutzt. Das Gelände diente außerdem auch als Durchgangslager für Kriegsgefangene.

Direktor der Landesheilanstalt war von 1932 bis 1947 Dr. Paul Schiese. Er blieb trotz seiner Unterstützung des Krankenmordes bis 1947 im Amt, dann wurde er aus Altersgründen pensioniert. Nur wenige Mitarbeiter wurden im Zug der Entnazifizierung entlassen, Anklageerhebungen gab es nicht.

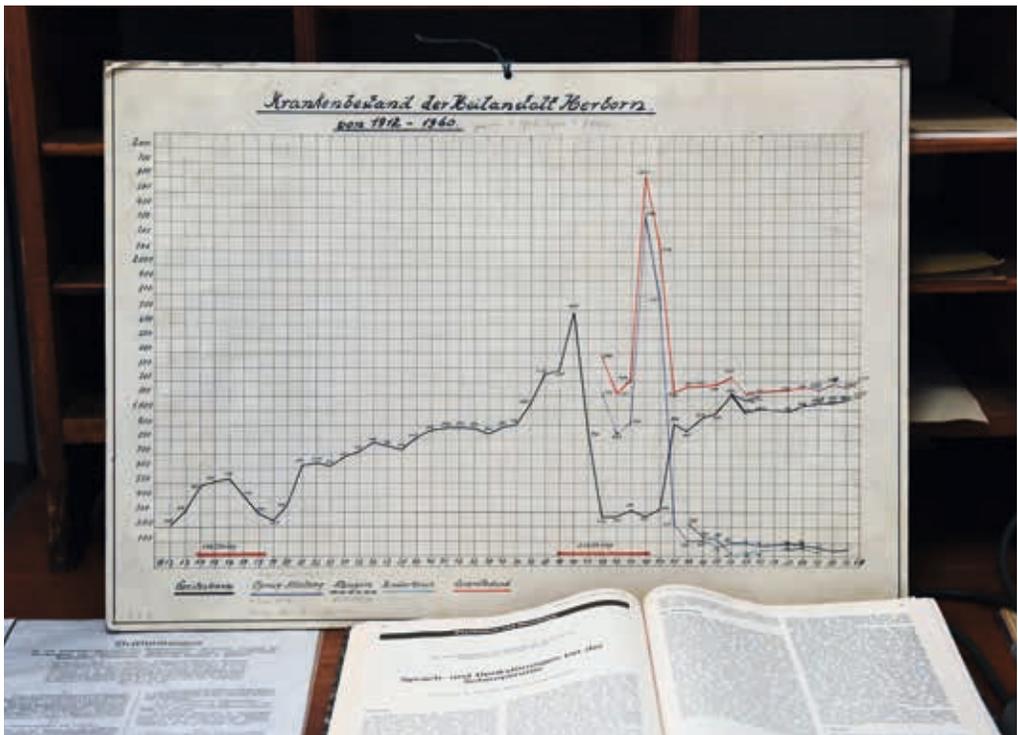


Gedenkstein im Eingangsbereich
(Foto: Uwe Zuchti)

Gedenken in Herborn

Seit 1989 erinnert ein Gedenkstein an die Opfer des NS-Regimes im Eingangsbereich der damaligen „Landesheilanstalt Herborn“. Der Text weist auf die Zwangssterilisation, die Verlegungen nach Hadamar und Brandenburg und die Todesfälle in Herborn hin.

Anlässlich des 80-jährigen Bestehens des psychiatrischen Krankenhauses Herborn richteten Mitarbeiter der Klinik 1991 ein kleines Psychatriemuseum in einem Klinikgebäude ein. In ihm wird die wechselvolle Geschichte der Psychiatrie dargestellt. In einem Raum des Museums sind die Mordtaten an psychisch kranken und geistig behinderten Menschen im Rahmen der NS-„Euthanasie“ dokumentiert.



Die Belegungskurve der Jahre 1912 bis 1960 zeigt den Einbruch der Belegungszahlen psychisch kranker Menschen in den Jahren 1940 bis 1945.
(Foto: Uwe Zuchti)

Adresse

Vitos Herborn gemeinnützige GmbH
Austraße 40, 35745 Herborn
www.vitos-herborn.de
info@vitos-herborn.de



Literatur

Christina Vanja (Hg.): 100 Jahre Psychiatrie in Herborn. Rückblick, Einblick, Ausblick, Marburg 2011 (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Quellen und Studien, Bd. 16)



*Teehaus des
Gründers Emil Sioli
(Foto: Bettina Müller)*

VITOS HOCHTAUNUS

Frankfurter Pflegeanstalt Köppern

Gründung

- 1901 als „agrikole Kolonie“ zur Entlastung der überfüllten Frankfurter „Anstalt für Irre und Epileptische“ mit zunächst 40 Plätzen in Köppern, heute Ortsteil von Friedrichsdorf
- 1913 Errichtung zweier „Landhäuser“ (Neuefeld und Hüttenmühle) und damit eine Aufstockung auf 130 Betten
- weiterer Ausbau in den 1920er Jahren

Vitos Hochtaunus heute

- Waldkrankenhaus Köppern (Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie)
- Klinik Bamberger Hof (psychiatrische Tagesklinik, Ambulanz, ambulante psychiatrische Akutbehandlung zu Hause)
- Tagespflege Hochtaunus
- Klinik Hasselborn (Fachklinik für Drogenentzug)
- begleitende psychiatrische Dienste Hochtaunus
Eingliederungshilfen für Menschen mit Suchterkrankungen
- Schule für Gesundheitsberufe Hochtaunus

1933 bis 1945

- Frankfurter Pflegeanstalt Köppern
- 1934 Umwandlung in ein „Siechen- und Altenheim“
- 1939 Evakuierung zugunsten von Lazarettbetten
- 1943 Eröffnung der „Krankenhaussonderanlage“ in Köppern als Vollkrankenhaus mit 550 Betten



Die Jahre 1933 bis 1945 in Köppern

1934 übernahm die Frankfurter Stiftung „Hospital zum Heiligen Geist“ die „Frankfurter Pflegeanstalt Köppern“, die zu diesem Zeitpunkt mit 250 Patienten belegt war. Aus dem Klinikbetrieb wurde ein „Siechen- und Altenheim“. Mit der Umstellung auf „Siechenbetrieb“ ging die Stadt davon aus, dass die Verpflegung zu einem preiswerteren Pflegesatz möglich wäre und eine bessere Auslastung erreicht werden könnte.

Am 27. August 1939, wenige Tage vor Beginn des Zweiten Weltkrieges, verlangte die Wehrmacht vom Oberbürgermeister der Stadt Frankfurt die Räumung der Köpperner Anstalten. Innerhalb von 24 Stunden sollten 350 alte und häufig bettlägerige Bewohner verlegt werden. Die Evakuierung sicherte Lazarettbetten für potenziell Verwundete. Die Heimbewohner wurden in entsprechende Heime in der näheren und weiteren Umgebung verlegt. Als sich in der frühen Kriegszeit herausstellte, dass der vorbereitete Lazarettplatz keineswegs benötigt wurde, kamen die Bewohner zum Teil zurück nach Köppern, wobei allein die Hin- und Rückverlegungen für viele der hochbetagten Bewohner und Bewohnerinnen lebensbedrohend waren.



*ganz links:
Barackengebäude der „agrikolen
Kolonie zur Therapie von alkohol-
kranken Männern“*

*links: Teehaus
(Fotos: Bettina Müller)*

1943 wurde die Pflegeanstalt auf staatlichen Befehl zur „Krankenhaussonderanlage Aktion Brandt – Anlage Köppern“ mit 550 Betten umgebaut. Im Rahmen der Aktion Brandt wurden Ausweichkrankenhäuser in der Nähe von bombengeschädigten Großstädten errichtet, um die beschädigten und zerstörten Krankenhäuser der Städte zu entlasten. Die in Köppern untergebrachten alten und siechen Patienten kamen sukzessive nach Hohenwald bei Kronberg.

Forschungen legen den Verdacht nahe, dass in Köppern Medikamente missbräuchlich appliziert und Operationen verantwortungslos durchgeführt wurden. Es fehlen jedoch eindeutige Belege. In Vernehmungen nach 1945 belastete ein als Zwangsarbeiter eingesetzter Medizinstudent einen Teil des Personals schwer. Dabei ging es unter anderem um unsachgemäß durchgeführte Magenoperationen an älteren Patienten und Überdosierungen von Medikamenten. Eindeutige Beweise gibt es dafür nicht.



Gedenkstein an
der Pforte
(Foto: Bettina Müller)

Gedenken in Köppern

Für die Menschen, deren Vertrauen in die Einrichtung hintergangen wurde und die Opfer der nationalsozialistischen Menschenverachtung geworden sind, hat Vitos Hochtaunus im Jahr 2001 einen Gedenkstein an zentraler Stelle auf dem Klinikgelände errichten lassen. Dort heißt es:

„Bis 1945 fiel hier eine unbekannte Anzahl von Patientinnen und Patienten durch Unterernährung oder Medikamente den NS-„Euthanasie“-Verbrechen zum Opfer.“

Auch wenn die mutmaßlichen Opfer nicht den typischen NS-„Euthanasie“-Verbrechen durch Ermordung in einer Gasmordanstalt oder nachgewiesene Medikamenten-Überdosierung zum Opfer fielen, so waren sie doch den häufig tödlichen Folgen der Verachtung ausgeliefert, die die Nationalsozialisten all denen entgegenbrachten, die ihren Herrenmenschen- und Nützlichkeitsidealen nicht entsprachen. Tötung durch Vernachlässigung war Teil der „Euthanasie“-Strategie der Nationalsozialisten.



Ausstellungstafel zur Geschichte des Unternehmens
(Foto: Bettina Müller)

Adresse

Vitos Hochtaunus gemeinnützige GmbH
Emil-Sioli-Weg 1–3, 61381 Friedrichsdorf
www.vitos-hochtaunus.de
info@vitos-hochtaunus.de



Literatur

Christina Vanja, Helmut Siefert (Hg.): „In waldig-ländlicher Umgebung ...“ Das Wald-krankenhaus Köppern. Von der agrikolen Kolonie der Stadt Frankfurt zum Zentrum für Soziale Psychiatrie Hochtaunus, Kassel 2001 (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Quellen und Studien, Bd. 7)



Maria Thiedemann

*(Quelle aller Abbildungen
dieses Kapitels: HHStA
Wiesbaden, Abt. 430/1 –
Landesheilanstalt Eichberg –
Nr. 11955)*

MARIA THIEDEMANN

„Was hatte ich denn vom Leben ...“

„Seiner Durchlaucht Adolf Hitler“ beginnt Maria Thiedemann im Jahr 1936 ihr Schreiben aus der Nervenheilstation Strecknitz an den Führer. „Ihnen zur Kenntnis dass ich 11 Jahre das Hitlersche System wählte, weil ich im Staate anstand und Sitte liebte. Im Jahre 1934 bekam ich im Studentenwohnheim Stellung. in der Arbeit nur Schaffen und Sorgen war mein Lebensprinzip. Aber mein Küchenchef(,) ein Stahlhelm(,) er hetzte hinter mir her als wenn der Teufel los wäre(,) leider lieb ich dem Stahlhelm meinen Lohn und meine Liebe(,) sodaß ich als Hitlermädchen in die Hände dieses Bergers kam(,) ... 2 Jahre hat mich die Menschheit ins Irrenhaus gesteckt, weil ich diesen Berger nicht heiraten wollte. Denken Sie nur(,) dieser Berger(,) 3 kleine Kinder ...“*

Unauffällig sei sie gewesen als Kind, habe in der Schule immer die besten Zeugnisse gehabt. Mit anderen Kindern „immer etwas herb, wünschte keinen Umgang“, berichtet Maria Thiedemanns Mutter Adeline Fricke zwei Jahre zuvor, Anfang August 1934, dem aufnehmenden Arzt der Hamburger Staatskrankenanstalt Friedrichsberg, Dr. Keymling. Im Aufnahmebogen heißt es: „... wird aus dem Barmbecker Krankenhaus mit der Sanitätskolonne ge-

bracht. Ist ängstlich und misstrauisch, will hier nicht bleiben, läßt sich dann aber doch ruhig ausziehen. Gew. 41 kg. Gr. 1,51 m.“ Die zierliche junge Frau ist 31 Jahre alt. Der 4. August 1934 markiert einen Wendepunkt in ihrem Leben.

Leicht war es bis dato ohnehin schon nicht. Nach dem Schulabschluss arbeitet sie mit der Mutter in der Munitionsfabrik, dann verdient sie ihr Geld als Küchenmädchen in Gastwirtschaften. Sie erbringt gute Leistungen, bekommt auch hier wieder gute Zeugnisse ausgestellt. „Sie hat sich an die oberen Angestellten gehalten, zu den Kolleginnen war sie wohl ziemlich fremd“, berichtet ihre Mutter. Sie sagt, sie hätte sich früher gut mit der Tochter verstanden. „Durch die Trunksucht des Vaters sind wir so herunter gekommen.“

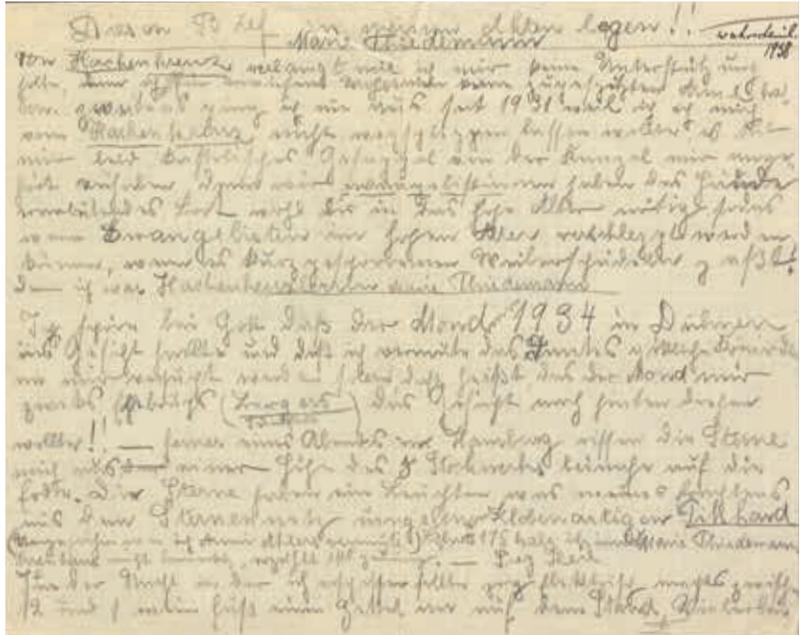
Seiner Durchlaucht
Adolf Hitler!

Ihnen zur Kenntnis dass ich
11 Jahre das Hitlersche System
wählte weil ich im Staate
anstand und Sitte liebte
Im Jahre 1934 bekam ich im
Studentenwohnheim Stellung in
der Arbeit nur Schaffen und
Sorgen war mein Lebensprinzip
Aber mein Küchenchef ein
Stahlhelm er hetzte hinter
mir her als wenn der Teufel
los wäre leider lieb ich dem
Stahlhelm meinen Lohn und
meine Liebe sodaß ich als
Hitlermädchen in die Hände
dieses Bergers kam ... 2
Jahre hat mich die Menschheit
ins Irrenhaus gesteckt weil
ich diesen Berger nicht
heiraten wollte Denken Sie
nur dieser Berger 3 kleine
Kinder ...

*Anmerkung der Redaktion: Dieser biografische Text entstand auf der Basis der Krankenakte. Die dort verwendete Sprache spiegelt vielfach die menschenverachtende Haltung der Ärzte und des Pflegepersonals wider, die Diagnosen wurden nach heutiger Erkenntnis willkürlich und zum Teil bewusst falsch erstellt. Sie dienen dazu, die menschenunwürdige Behandlung und Ermordung der Patientin zu rechtfertigen.

Seit sechs Wochen etwa, erzählt die Mutter dem Arzt, der den ersten Anamnesebogen ausfüllt, sei die Tochter auffällig. „Meinte, man deute an, sie habe gestohlen ... Fürchtete in letzter Zeit, sie solle von der S.A. erschossen werden“, sie habe „Beziehungs- und Versündigungsideen.“ Auslöser sind wohl Probleme mit Kolleginnen und ihrem Chef im Studentenwohnheim, in dem sie arbeitet. Sie fühlt sich zu Unrecht des Diebstahls beschuldigt und der Chef, Herr Berger, „täuscht sie grausam“, wie ihre Mutter später in einem Brief schreiben wird.

Maria Thiedemann kommt auf Station. Die Schwestern notieren im Berichtsbogen am dritten Tag nach der Aufnahme: „Patientin redete ohne jegliche Unterbrechung dasselbe: ‚Schwester ich darf nicht sterben, ich muss leben. Schwester schlagen sie mich bitte nicht, das wäre ein großes Unrecht, ich habe noch niemandem etwas getan‘ u.s.w. Pat. war oft nicht zu halten drängte dauernd zur Tür hinaus.“ Damit hat sie keinen Erfolg. Sie bleibt in der Anstalt. In einem Pflegebericht vom April 1935 wird sie zitiert: „Herr Dr. Kott-



hoff entläßt mich nicht, weil er mit mir in der Anstalt possieren will. ... Wenn ich die Schwestern anfallte, bekomme ich eine Spritze. In der Zeitung steht es gibt Gas-krieg ...“ Sie sagt: „Ich verlange sofort raus und Stellung ich muss Geld verdienen ich brauche nicht im Irrenhaus zu sein sie können mich nach Fuhlsbüttel schicken ich kann allein hingehen mögen sie mir einen Wagen schicken ... Ich schaff’ mir kein Kind an. die Menschen haben alle Schmutz an sich die Dirnen hatten rote Haare. Gelb ist die Farbe der Falschheit.“ Wenige Monate später, am 12. August 1935, wird Maria Thiedemann nach Strecknitz verlegt, Diagnose: Schizophrenie.

Dort heißt es in ihrer Akte: „Es ist vielleicht eine gewisse Beruhigung festzustellen, Pat. verhält sich formal geordneter. Der Gedankenablauf ist aber unverändert

verfahren und auch offenbar halluzinatorisch beeinflusst.“ Die Patientin schreibt an ihre Mutter im Januar 1936: „Meine geliebte Mama! Das Paket erhalten, besten Dank wenigstens eine Freude in meinem traurigen Dasein. Meine Tage sind gezählt ... Meine Lebensblüte hat man mir genommen; ... täglich den Tod vor Augen ist Wahnhafte keine Kleinigkeit wo ich so jung bin und wo ich die Natur so liebte was hatte ich denn vom Leben, Arbeit mühe und Sorge ... Grüße mir den Jungfernstieg.“ Doch ihre Lebenskraft ist stärker, als sie denkt. Zwei Jahre später, im April 1938, bittet Maria Thiedemann die Mutter mit sprachlicher Wucht, fast einem Gedicht gleich:

„Komm nicht wieder da ich mich elend fühle. Blumen und Sträucher in Pracht und also – Dein Kind Marie wirklich nicht mehr im Garten sein kann. Welchen Garten Herr Fricke hoffentlich nicht haben wollt das ich noch als Krüppel im Garten sein sollt da ich Marie Thiedemann nur mein Leben hab gelebt.“

Die Schwestern notieren zu dieser Zeit: „Auch die schriftlichen Äußerungen der Pat. werden allmählich zunehmend faseriger und unverständlicher. Sie wird auch sonst zunehmend leerer, affektloser und manierierter. Redet noch viel zerfahren vor sich hin Im Übrigen gutartig, lenksam, manchmal ganz niedlich.“ Doch ab 1939 verschärft sich der Ton: „Intellektuell erheblich geschwächt“, „ausgebildetes Wahnsystem“, „zu keiner Arbeit zu bewegen“,

„paralogisch“. Aber: „äußerlich sauber und geordnet“.

Schließlich wird sie 1941 in die Landesheilanstalt Eichberg verlegt, eine Zwischenanstalt für die Tötungsanstalt Hadamar. Die Mutter beklagt sich darüber in einem Brief an die Leitung: „War das nötig, dass mein armes, liebes Kind so unendlich weit von mir entfernt wurde? Es war mir schon schwer, nach Strecknitz zu fahren und es gibt doch in Norddeutschland so viele derartige Anstalten. Ich bitte Sie nun von Herzen. seien Sie nicht zu hart mit ihr, wenn sie tobt und schimpft; sie war so ein feiner, prachtvoller Mensch.“ Elektroschocktherapie lautet die Antwort des Direktors. In seinen Augen für Marie die letzte Chance auf Besserung ihres Zustands im Sommer 1942. In diesem und dem darauffolgenden Jahr ist ihre Tochter den Pflegern nur noch einen Eintrag in die Akte wert: „Hilft beim Stopfen und Nähen, ist aber verschroben und bizarr. Körperlich in sehr reduziertem Zustand.“ Dann plötzlich fünf Einträge in rascher Folge von Dezember 1944 bis zum 25. Februar 1945. Sie beschreiben die rapide Verschlechterung des Gesundheitszustands der Patientin aufgrund eines „eigroßen Geschwulsts am Hals“. „Lymphdrüsengeschwulst bei Spaltungsirresein“ heißt es schließlich auf Marias Totenschein. Ihre Mutter liest im Schreiben des Direktors, dass ihre Tochter: „in unserer Anstalt von ihrem schweren Leiden durch einen sanften Tod erlöst worden ist.“ Ein letzter Gruß: „Heil Hitler!“



*Gedenkkreuz auf
dem Friedhof
(Foto: Uwe Zucchi)*

VITOS KURHESSEN

Landesheilanstalt Merxhausen

Gründung

- 1533 in Merxhausen, heute ein Stadtteil von Bad Emstal
- als eines der vier von dem hessischen Landgraf Philipp gestifteten „Hohen Hospitäler“ eine der ältesten psychiatrischen Einrichtungen der Welt
- 1929 Landesheilanstalt, vorwiegend für weibliche Kranke

Vitos Kurhessen heute

- vier Fachkliniken:
 - Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Bad Emstal, Kassel
 - Klinik für Psychosomatik Kassel
 - Klinik Bad Wilhelmshöhe (Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie)
 - Klinik für forensische Psychiatrie Bad Emstal
- ambulanter psychiatrischer Pflegedienst
- begleitende psychiatrische Dienste Kurhessen
mit den Bereichen Wohnen, Pflege, Arbeit und Freizeit zur sozialen Unterstützung chronisch psychisch kranker Menschen
- Schule für Gesundheitsberufe Bad Emstal

1933 bis 1945

- Landesheilanstalt Merxhausen
- in den Jahren 1941 bis 1945 Reservelazarett



Die Jahre 1933 bis 1945 in Merxhausen

Mit dem Beginn der nationalsozialistischen Diktatur verschlechterte sich die Situation in der Landesheilanstalt Kurhessen kontinuierlich. Von Oktober 1933 bis April 1937 wurden die Verpflegungskosten beständig gesenkt. Gleichzeitig stieg die Zahl der aufgenommenen Menschen. Gab es 1937 885 Plätze (davon 856 Patientinnen), so waren es 1940 1.200 Plätze. Im Sommer 1940 erhielt die Anstalt 961 Meldebögen der „T4“-Zentrale.

Vor allem in den Jahren 1934 und 1935 wurde eine große Zahl von Patientinnen aus Merxhausen zwangssterilisiert.

Im Juli 1937 und 1938 wurden im Zug der Verlegung von konfessionellen Einrichtungen in staatliche Anstalten 150 Patientinnen nach Merxhausen verlegt. Es kamen 23 Patientinnen aus dem katholischen St. Antoniusheim in Fulda, 31 Patientinnen aus Bethel und 96 Patientinnen aus der evangelischen Anstalt Hephata bei Treysa.

Nach Kriegsbeginn wurden Patientinnen der Heil- und Pflegeanstalt Merzig/Saar zeitweilig nach Merxhausen evakuiert.

13 (nach anderer Quelle 18) nach den „Nürnberger Gesetzen“ als „jüdisch“ eingestufte Menschen wurden im September 1940 nach Gießen gebracht und am 1. Oktober in Brandenburg/Havel ermordet. 1941 wurden insgesamt 506 Patientinnen über die Zwischenanstalten Eichberg und Herborn zur Ermordung nach Hadamar verlegt, 341 Patientinnen auf den Eichberg, 165 Patientinnen nach Herborn.

Am 1. September 1941 wurde in einem Teil der Landesheilanstalt Merxhausen ein Lazarett für deutsche Soldaten eingerichtet. Etwa 470 Soldaten waren zeitweise hier untergebracht.



*Historische Fotos aus Merxhausen
(Quelle: Archiv des LWV Hessen/
Marieluise Erckenbrecht)*

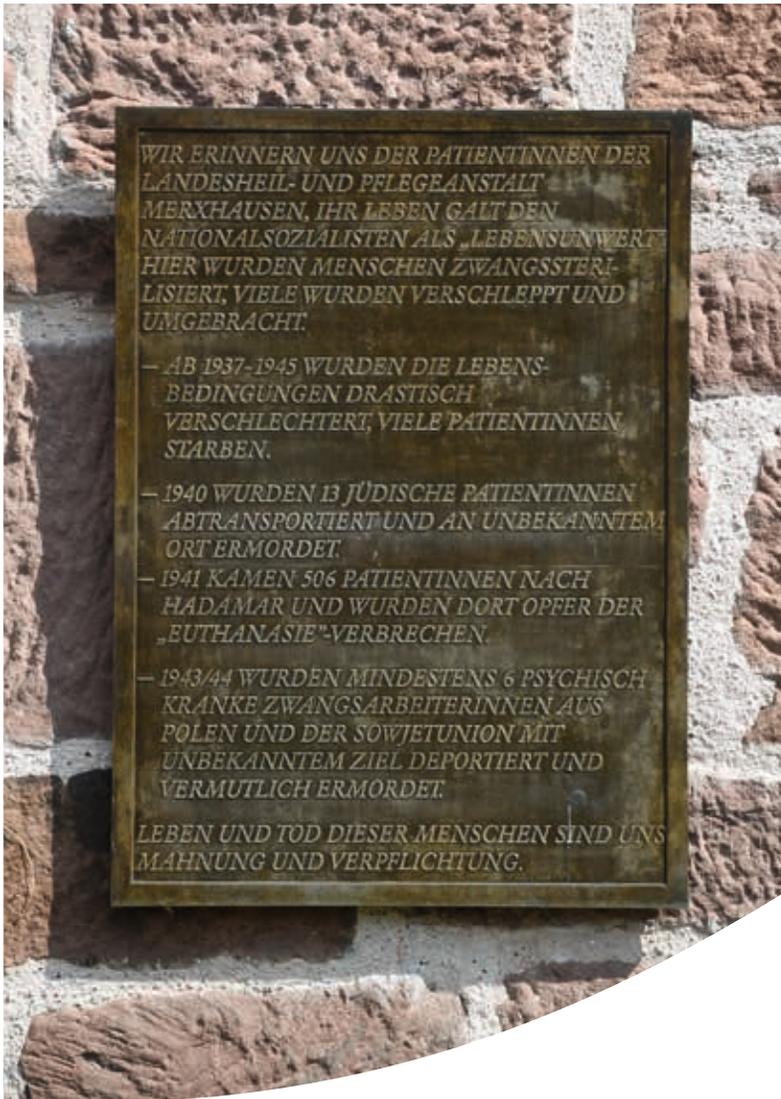
Ab Januar 1942 waren neun der insgesamt 13 Häuser Reservelazarett. Für Patienten verblieben vier Häuser.

In vielen Anstalten stiegen die Sterberaten in den letzten Kriegsjahren weit über das Vorkriegsniveau an, Resultat einer gezielten Unterversorgung. So starben beispielsweise allein 1943 17,2 Prozent der Insassen der Anstalt Merxhausen des Bezirksverbandes Kassel.

1943 und 1944 wurden sechs Zwangsarbeiterinnen aus Merxhausen verlegt und vermutlich in Hadamar ermordet.



*Pflegerinnen begleiten einen
Transport von
Patientinnen und
Patienten in eine
„Zwischenanstalt“.
(Quelle: Archiv des
LWV Hessen/Marie-
luise Erckenbrecht)*



Gedenktafel am Verwaltungsgebäude
(Foto: Uwe Zucchi)

Gedenken in Merxhausen

Seit 1989 erinnern eine Gedenktafel am Verwaltungsgebäude und ein Gedenkkreuz auf dem Friedhof an den Krankenmord.

Das Kloster Merxhausen ist einbezogen in den Eco Pfad Friedenspädagogik Bad Emstal.

Seit 2006 befindet sich das Museum des Kultur- und Geschichtsvereins Bad Emstal im ehemaligen Gutshof der Einrichtung.



*links: Verwaltungsgebäude und historischer Sezierraum.
rechts: Gedenkkreuz (Fotos: Uwe Zucchi)*

Adresse

Vitos Kurhessen gemeinnützige GmbH
Landgraf-Philipp-Straße 9, 34308 Bad Emstal
www.vitos-kurhessen.de
info@vitos-kurhessen.de



Literatur

Manfred Klüppel: „Euthanasie“ und Lebensvernichtung am Beispiel der Landesheilanstalten Haina und Merxhausen, 3. ber. Aufl., Kassel 1985 (Nationalsozialismus in Nordhessen, Schriften zur regionalen Zeitgeschichte. Gesamthochschule Kassel, Heft 4)

<https://kobra.bibliothek.uni-kassel.de/bitstream/urn:nbn:de:hebis:34-2008060321840/1/KlueppelEuthanasie.pdf>

Erckenbrecht, Marieluise: Merxhausen damals, 3. Aufl., Kassel 1994 (Hg. Landeswohlfahrtsverband Hessen/Psychiatrisches Krankenhaus Merxhausen)



*„Graue Busse“
auf dem Eichberg
(Quelle: HHStA Wiesbaden,
Abt. 461, 32442, Bd. 12)*

VITOS RHEINGAU

Landesheilanstalt Eichberg

Gründung

- 1815 im Kloster Eberbach als „Irrenanstalt zu Eberbach“
- 1849 Umzug auf das Eichberg-Gelände im heute zu Eltville gehörenden Ortsteil Erbach

Vitos Rheingau heute

- vier Fachkliniken:
 Klinik Eichberg (Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie)
 Klinik Rheinhöhe (Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie)
 Klinik für Psychosomatik Eltville
 Klinik für forensische Psychiatrie Eltville
- begleitende psychiatrische Dienste Rheingau
 mit den Bereichen Wohnen, Arbeit, Freizeit zur sozialen Unterstützung chronisch psychisch kranker Menschen
- Schule für Gesundheitsberufe Rheingau

1933 bis 1945

- Landesheilanstalt Eichberg
- 1941 bis 1945 „Kinderfachabteilung“
- 1943 bis 1945 Einrichtung einer Tuberkuloseklinik („Sanatorium Haus Rheinblick“)
- 1944 bis 1945 „Ausweichkrankenhaus Rheinhöhe“ für chronische Krankenhauspatienten (sogenannte Sieche) aus Frankfurt und Wiesbaden, wegen des häufig hohen Alters der Patienten auch Altersheim Rheinhöhe genannt
- ab Ende 1943 Teilnutzung als SS-Lazarett (Oktober bis November 1943 und in den letzten Kriegsmonaten)

Die Jahre 1933 bis 1945 auf dem Eichberg

Auf dem Eichberg waren zu Beginn der nationalsozialistischen Diktatur rund 800 Psychiatrie-Patienten untergebracht. Die Belegungszahlen stiegen in den folgenden Jahren kontinuierlich. 1939 waren es fast 1.200 Patientinnen und Patienten. Zugleich verschlechterten sich die Lebensbedingungen durch Überbelegung, gekürzte Pflegesätze und eingespartes Personal.

Zwischen 1934 und 1939 wurden 320 Patientinnen und Patienten zwangssterilisiert. Dafür wurde eine chirurgische Station eingerichtet. Auch Bewohner anderer Einrichtungen wurden auf dem Eichberg zwangssterilisiert.

Nach Kriegsbeginn stieg die Patientenzahl auf dem Eichberg nochmals an, weil umliegende Heime und Anstalten zu Lazaretten für die Wehrmacht umgewidmet wurden. Deren Bewohner wurden auf den Eichberg verlegt. Bereits jetzt stieg auch die Zahl der Todesfälle.

Am 13. Januar 1941 wurden die ersten Patientinnen und Patienten des Eichbergs nach Hadamar verlegt. Zunächst wurden rund 800 Patienten in die Gaskammer geschickt. Von Mai bis August wurde der Eichberg zudem als „Zwischenanstalt“ genutzt. Aus Nord- und Südhessen, den Provinzen Hannover und Westfalen wurden rund 1.500 Menschen über den Eichberg nach Hadamar verlegt und dort ermordet.

Auch in der Heilanstalt selbst wurden kranke und behinderte Menschen getötet, zunächst vermutlich durch gezielte Unterernährung. Ab Sommer 1942 begann der Mord durch Medikamente. In der Regel verabreichte man den Menschen eine Überdosis Schlaf- oder Betäubungsmittel. Insgesamt wurden zwischen 1942 und 1944/45 zwischen 600 und 800 Patienten pro Jahr ermordet.

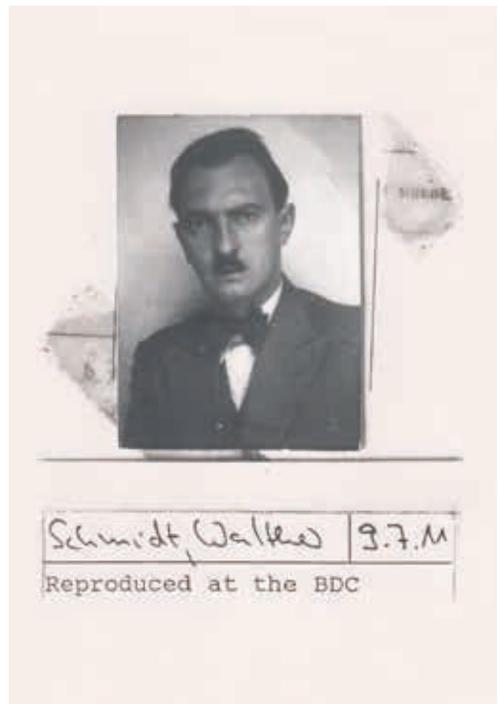
Seit März 1941 gab es auf dem Eichberg eine „Kinderfachabteilung“. Dort wurden Kinder mit Behinderungen eingewiesen und je nach ärztlicher Begutachtung ermordet. Rund 500 Kinder wurden auf dem Eichberg getötet.

Unter den Opfern der Krankenmorde auf dem Eichberg waren 18 jüdische Patientinnen und Patienten. Man geht davon aus, dass sie alle in Hadamar starben. Auch über 50 osteuropäische Zwangsarbeiter werden zu den Mordopfern des Eichbergs gerechnet.

Die Zahl der getöteten Eichberger Patienten wird auf über 5.000 Personen geschätzt.

Der Ärztliche Direktor Friedrich Mennecke (von 1938 bis 1942) gehörte zu den „T4“-Ärzten, die die Meldebögen bewerteten, also die Todesurteile fällten. Sein Nachfolger Walter Schmidt (von 1943 bis 1945) war auch für die „Kinderfachabteilung“ des Eichbergs und damit für die extrem hohe Mordrate dort verantwortlich. Friedrich Mennecke wurde 1946 in erster Instanz zum Tod verurteilt. Er starb, bevor das Urteil vollstreckt werden konnte. Walter Schmidt erhielt eine lebenslange Zuchthausstrafe. Aufgrund einer Unterstützungskampagne kam er bereits 1953 frei. Von den Tätern aus dem Pflegedienst wurden nur die Oberschwester Helene Schürg und der Stationspfleger Andreas Senft rechtskräftig verurteilt, auch sie wurden relativ schnell begnadigt.

(Quelle: BArch, R 9361-III/130855 sowie rechts R 9361-III/179907)





Gedenkstein auf dem „alten“ Friedhof
(Foto: Bettina Müller)

Gedenken auf dem Eichberg

Seit 2009 veranstaltet Vitos Rheingau am 1. September eine Gedenkstunde für die Opfer des Krankermordes.

Eine aus neun Tafeln bestehende Ausstellung in einem der ehemaligen Krankenstationsgebäude unterrichtet über die Zeit des Nationalsozialismus auf dem Eichberg.

Seit 1993 erinnert ein Gedenkstein auf dem „alten“ Friedhof an die Opfer der Krankermorde. Durch die Gestaltung des Steins – mit Spielzeug, wie es Kinder in den 1930er Jahren besessen haben könnten – wird auf die „Kinderfachabteilung“ hingewiesen.

An der Kapelle des Unternehmens und auf dem 1942 angelegten „neuen“ Friedhof erinnern Texttafeln an die ermordeten Patienten.



*Gedenkstunde am 1. September 2017
(Fotos: Bettina Müller)*

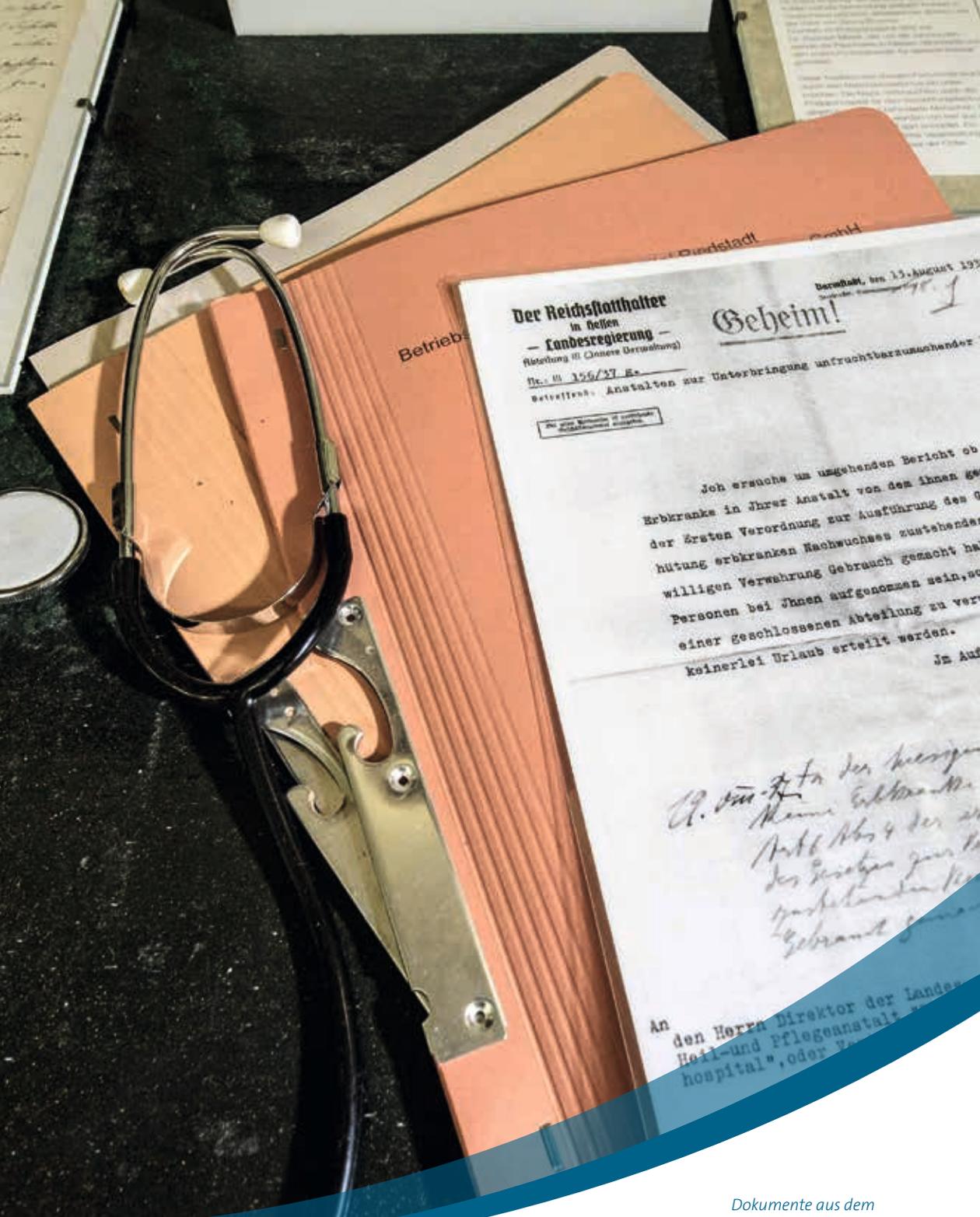
Adresse

Vitos Rheingau gemeinnützige GmbH
Kloster-Eberbach-Straße 4, 65346 Eltville
www.vitos-rheingau.de
info@vitos-rheingau.de



Literatur

Christina Vanja, Gabriela Deutschle, Vitos Rheingau (Hg.): Wissen und Irren. Psychatriegeschichte aus zwei Jahrhunderten – Eberbach und Eichberg, erg. Neuauf., Kassel 2015 (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Quellen und Studien, Bd. 6)



Betriebs

Der Reichsstatthalter
in Hessen
— Landesregierung —
(Richtung III (Ärztliche Verwaltung))

Riedstadt, den 13. August 1937

Geheim!

Nr. III 156/37 E.

Betreffend: Anstalten zur Unterbringung unfruchtbarzumachender

Die gegen Besondere II vom 20. April 1937 erlassene Verfügung

Ich ersuche um umgehenden Bericht ob Erbkranken in Ihrer Anstalt von dem Ihnen gemäß der ersten Verordnung zur Ausführung des § 1 der Verordnung vom 20. April 1937 zustehende willigen Verwahrung Gebrauch gemacht hat. Personen bei Ihnen aufgenommen sein, so einer geschlossenen Abteilung zu verweisen. Keinerlei Urlaub erteilt werden.

Im Auftr.

*C. v. ...
Mann ...
Abt. Nr. 4 der ...
des ...
gebrannt ...*

An
den Herrn Direktor der Landes
Heil- und Pflegeanstalt
"hospital", oder ...

Dokumente aus dem
Psychiatrimuseum Riedstadt
(Foto: Bettina Müller)

VITOS RIEDSTADT

Landesheil- und Pflegeanstalt Philipppshospital

Gründung

- 1535 im heute als Stadtteil zu Riedstadt gehörenden Goddelau
- als eines der vier von dem hessischen Landgraf Philipp gestifteten „Hohen Hospitäler“ eine der ältesten psychiatrischen Einrichtungen der Welt

Vitos Riedstadt heute

- Träger von drei psychiatrischen Fachkliniken:
Klinik Philipppshospital (Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie)
Klinik Hofheim (Klinik für Kinder- und Jugendpsychiatrie, Psychosomatik und Psychotherapie)
Klinik für forensische Psychiatrie Riedstadt
- begleitende psychiatrische Dienste Riedstadt
mit den Bereichen Wohnen, Pflege, Arbeit und Freizeit zur sozialen Unterstützung chronisch psychisch kranker Menschen
- Schule für Gesundheitsberufe Riedstadt

1933 bis 1945

- Landesheil- und Pflegeanstalt Philipppshospital bei Goddelau
- ab 1941 zusätzlich „Abteilung für Alterssiche“

Die Jahre 1933 bis 1945 im Philipppshospital

Der von 1932 bis 1937 im Philipppshospital tätige Ärztliche Direktor und SA-Sanitätsführer Ludwig Amrhein (1932–1937) wird als ein „vehementer“ Verfechter der Zwangssterilisationen eingeschätzt. Genannt wird die Zahl von 149 Patientinnen und Patienten des Philipppshospitals, die bereits bis 1935 zwangssterilisiert wurden. Da auch später Zwangssterilisationen vorgenommen wurden, muss die tatsächliche Zahl weit höher liegen.

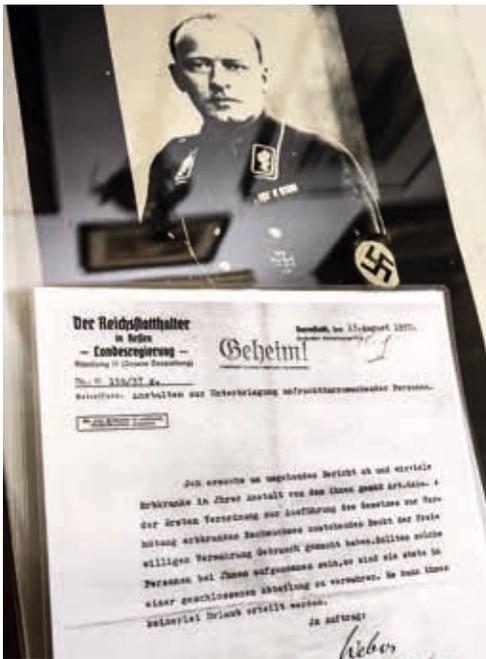
1936 gab es im Philipppshospital 1.100 Betten. In den Jahren vor dem Zweiten Weltkrieg wurden Patienten aus kirchlichen und privaten Einrichtungen in staatliche Einrichtungen verlegt; die Kostensätze wurden gesenkt. Die Versorgung der Patientinnen und Patienten blieb aber im Philipppshospital bis zum Kriegsbeginn vergleichsweise gut. So lag noch 1939 der sogenannte Pflegeschlüssel (Anzahl Patienten pro Pflegekraft) in Hessen-Darmstadt bei 1:6; im Bezirksverband des Regierungsbezirks Wiesbaden waren es doppelt so viele Patienten pro Pflegekraft. Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden weitere Einrichtungen für Lazarettzwecke geräumt, die Überbelegung nahm zu.

Schon bevor die ersten Patienten in die Gasmordanstalt Hadamar gebracht wurden, verdoppelte sich die Sterberate im Philipppshospital von 4,3 Prozent im Jahr 1938 auf 8,6 Prozent im Jahr 1940. Ursachen waren Überbelegung, mangelnde Hygiene, zu wenig Personal.

Im Rahmen der „Aktion T4“ wurden die Patienten des Philipppshospitals – mittlerweile unter dem Nachfolger von Ludwig Amrhein, Karl Scriba (1937–1945) – per Meldebogen erfasst, über ihr Schicksal entschieden die „Gutachter“ in der „T4“-Zentrale in Berlin. Im Februar 1941 begannen die „T4“-Transporte nach Hadamar. Die Verlegung erfolgte über die „Zwischenanstalten“ Eichberg, Kalmenhof, Weilmünster, Scheuern. Unter den Verlegten befanden sich Menschen jedes Lebensalters, das jüngste Kind war acht Jahre alt. Insgesamt geht die Forschung von rund 570 Verlegun-

Archivierte Akten und „T4“-Meldebögen
(Foto: Bettina Müller)





Psychiatrimuseum Riedstadt
(Fotos: Bettina Müller)

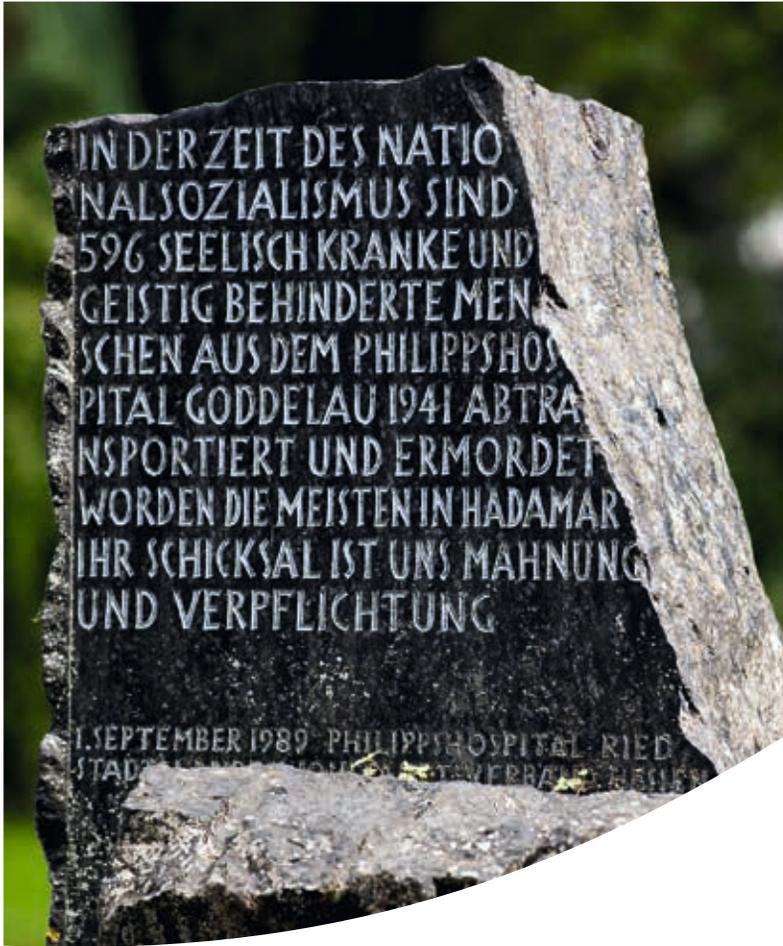
gen aus dem Philipppshospital nach Hadamar aus.

Bereits vorher waren 29 jüdische Patientinnen und Patienten verlegt worden. Sie wurden in die Landesheil- und Pflegeanstalt Heppenheim gebracht. Der Transport dorthin erfolgte von Goddelau am 1. Februar, am 4. Februar wurden die Patienten nach Hadamar in den Tod in der Gaskammer geschickt.

Im Juni 1942 erfolgte ein Transport von vierzehn Kindern im Alter von zwei bis dreizehn Jahren auf den Eichberg. Da keines der Kinder weiterverlegt wurde, aber alle innerhalb der nächsten vierzehn Monate starben, liegt die Vermutung nahe, dass es sich um sogenannte Reichsausschusskinder gehandelt haben könnte, die im Rahmen der „Kindereuthanasie“ in der „Kinderfachabteilung“ des Eichbergs ermordet wurden.

Das Philipppshospital richtete in der NS-Zeit (die Forschung geht vom Jahr 1941 aus) eine zusätzliche „Abteilung für Alterssiche“ ein. Zwischen Juni 1941 und Februar 1945 verdoppelte sich die Belegung in der Einrichtung. Zugleich verdoppelte sich die Rate der Gestorbenen. So starben bei-

spielsweise allein 1943 27,3 Prozent der in diesem Jahr dort lebenden Anstaltsinsassen des Philipppshospitals/Goddelau. Unter den Gestorbenen waren wiederum überproportional viele Ältere. Deshalb geht man davon aus, dass das Philipppshospital in Hessen-Darmstadt die zentrale Einrichtung war, in der alte oder schwache Patienten untergebracht wurden. Die Umstände der Transporte und die insgesamt miserable Versorgungslage machten die meisten dieser Patienten zu Opfern fehlender Fürsorge, auch wenn sie nicht aktiv getötet wurden.



*Gedenkstein in der Nähe der Pforte
(Foto: Bettina Müller)*

Gedenken bei Vitos Riedstadt

Ein Gedenkstein weist Besucher auf die Rolle der Landesheil- und Pflegeanstalt Philippshospital hin. Vitos Riedstadt veranstaltet jährlich am 1. September eine Gedenkfeier für die Opfer des Krankenmordes.

Das Psychiatriemuseum Riedstadt enthält ebenfalls Informationen zur Geschichte des Krankenmordes im Unternehmen.



*Kirche auf dem Gelände von Vitos Riedstadt
(Fotos: Bettina Müller)*

Adresse

Vitos Riedstadt gemeinnützige GmbH
Philippsanlage 101, 64560 Riedstadt
www.vitos-riedstadt.de
info@vitos-riedstadt.de



Literatur

Irmtraud Sahmland, Sabine Trosse, Christina Vanja, Hartmut Berger, Kurt Ernst (Hg.): Haltestation Philipppshospital. Ein psychiatrisches Zentrum – Kontinuität und Wandel 1535–1904–2004, Marburg 2004. Eine Festschrift zum 500. Geburtstag Phillips von Hessen (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Quellen und Studien, Bd. 10)



Wilhelm Kleinschmidt
(Foto: privat)

WILHELM KLEINSCHMIDT

Sein „eigenartiges“ Lächeln

Erst war er appetitlos, dann rochen alle Speisen schlecht. Schlafen konnte er nicht mehr. Er suchte im Klosett nach, fühlte sich verfolgt durch den Kot anderer Menschen. So steht es in seiner Krankenakte.* Wilhelm Kleinschmidt, 35 Jahre alt, arbeitet zu diesem Zeitpunkt als Gas- und Stromableser und Geldheber bei der Stadt Kassel. Die Arbeit übt er seit zwölf Jahren aus, empfindet eine hohe Verantwortung. Eigentlich ist er gelernter Schlosser, doch in seinem Beruf findet er keine Arbeit. Verheiratet ist er mit Marie, zwei Kinder haben sie. Im Jahr, als sein Appetit nachlässt, sind sie 15 und elf Jahre alt. 1935 ist das. Es geht dem Familienvater nicht gut, vier verschiedene Ärzte sucht er auf, keiner weiß Rat. Seine Frau gibt der Kopfrippe die Schuld am Zustand ihres Mannes, die er im Januar hatte. Auch zum Nervenarzt geht er, seine Frau rät ihm dazu. Am Morgen des 20. September findet seine Frau ihn mit einer Schlinge um den Hals am Fensterkreuz. Sie schneidet ihn ab, bringt ihn in das Karlsruhospita in Kassel, der Arzt empfiehlt die Einweisung in eine geschlossene Anstalt, der Amtsarzt befürwortet das. Und Wilhelm Kleinschmidts Leben hinter verschlossenen Türen beginnt.

Die Landesheilanstalt Marburg nimmt ihn am 26. September 1935 auf. Diagnose:

Schizophrenie. Ab diesem Tag folgen „Tages-Vermerke“, maschinengetippt, in der Krankenakte Kleinschmidt. 16 Seiten füllen sie bis zum Tag der Entlassung am 23. Oktober 1936. Der letzte beansprucht eine ganze Seite – protokolliert von „Prof. J.“. Demnach fühlt sich Kleinschmidt gut, er habe keine Schlafstörungen mehr, an einen Selbstmordversuch kann er sich nicht mehr erinnern. Vergessen sind auch die vielen Anschuldigungen, die in seiner Akte das gesamte Jahr über verzeichnet wurden: „Ich weiß, dass ich umgebracht werde, hier entstehen Geheimbünde“ soll er gesagt haben. Er beschuldigt einen Pfleger, ihm Gift aufs Butterbrot geschmiert zu haben, wird aggressiv gegen ihn und schlägt einen anderen Patienten. Zu Hause soll auch seine Frau versucht haben, ihn zu vergiften. Zwei Stück Wurst und zwei Apfelsinen aus einem Paket von ihr rührt er nicht an.

Kaum entlassen, steht er am 8. Dezember, begleitet von zwei Krankenpflegern, den Überweisungsschein des Karlsruhospitals in der Hand, wieder vor der Tür der Landesheilanstalt Marburg. Er soll in einer Auseinandersetzung seinen Sohn mit dem Messer bedroht haben. Der Arzt fragt ihn, ob er weiß, warum er wieder ins Karlsruhospita gekommen ist, und notiert die Antwort: „Darüber gebe ich keine Aus-

**Anmerkung der Redaktion: Dieser biografische Text entstand auf der Basis der Krankenakte. Die dort verwendete Sprache spiegelt vielfach die menschenverachtende Haltung der Ärzte und des Pflegepersonals wider, die Diagnosen wurden nach heutiger Erkenntnis willkürlich und zum Teil bewusst falsch erstellt. Sie dienten dazu, die menschenunwürdige Behandlung und Ermordung des Patienten zu rechtfertigen.*



Wilhelm Kleinschmidt mit seiner Frau Marie und den Söhnen Karl und Willi vor dem Schuhgeschäft des Vaters (Foto: privat)

kunft, das müssen die verantworten, die mich hergebracht haben.“ Nach einigem Zureden räumt „der Pat.“ ein, es sei um das Familienstammbuch gegangen, das er herausgeben sollte. Seiner Aussage nach hat der Sohn zum Messer gegriffen und ihm gedroht, er lasse ihn wieder in Marburg einliefern, wenn er das Stammbuch nicht herausgebe, das dieser für die Schule brauche. Kleinschmidt bleibt ruhig, auch die nächsten Tage bleibt er laut Tagesvermerken in der Anstalt unauffällig.

Seine Ehefrau schreibt am 11. Dezember an den Direktor der Anstalt und schildert ihre Sicht der Dinge: „Es hätte nicht nötig getan mein Mann wieder fort zu schaffen da er hier im Karlsruhospital genau war wie jeder andere Mensch.“ Sie beschuldigt ihre Nichte ungebührlichen Verhaltens gegenüber ihrem Mann. Sie hätte das Stammbuch haben wollen wegen der arischen Abstammung und habe zu dem Mann gesagt: „er sei tof und wenn er ihr das Buch nicht geben würde, käme

er morgen wieder nach Marburg.“ Später hätten ihr Sohn und Mann gestritten, der Mann sei auf den Sohn losgegangen, sie habe den Sohn gebeten, Hilfe zu holen. So kam der Mann ins Karlsruhospital. Aber er habe sich doch beruhigt und nun solle er doch bitte zu Weihnachten wieder daheim sein. Am 8. Februar 1937 holt seine Frau ihn schließlich ab. Kleinschmidt bezieht Invalidenrente, bleibt zu Hause.

Ein gutes Jahr später, am 6. April 1938, weist die Polizei ihn erneut ein: Er gefährde seine Familie, schlage die Kinder grundlos, habe den Sohn gebissen und zanke dauernd mit der Frau. Er kommt in die Landesheilanstalt Haina, Befund: „Stark versandete Schizophrenie mit Verfolgungsideen“. Versandet, der Begriff beinhaltet die Affektverflachung, die auch erklärt, warum Wilhelm Kleinschmidt vermeintlich regungslos die Wiedereinweisung hinnimmt. Dem Krankheitsbild entspricht das in der Akte immer wieder erwähnte „höhnische, überhebliche Lächeln“ Kleinschmidts, das vielleicht eher Ausdruck einer reduzierten Reaktionsfähigkeit auf emotionale Anlässe ist. Bei einer Körpergröße von 154 Zentimetern wiegt er noch 47 Kilo. Ein Halbsatz im Anamnesebogen lässt aufhorchen: „Nach stattgegebener Sterilisierung wegen Schizophrenie ...“ – geschehen während seines ersten Aufenthaltes in der Landesheilanstalt Marburg.

Einmal lebt Wilhelm Kleinschmidt noch auf in Haina. Am 12. November 1938 ist vermerkt: „Seit seiner Beschäftigung

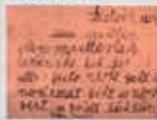
in der Schlosserei ist er viel aufgeschlossener, seine Stimmung meist gehoben.“ Der Meister ist voll des Lobes. Doch eine Verletzung am Fuß zwingt Kleinschmidt zur Ruhe. Er schreibt in dieser Zeit einen freundlichen Brief an seine Frau, sein Zustand wird als geheilt eingeschätzt. Es folgt die Entlassung am 24. März 1939, Frau und Sohn holen ihn ab. Um ihn ein halbes Jahr später wieder in die Anstalt zu schicken. Es wird das letzte Mal sein. Der aufnehmende Arzt protokolliert: „Bei allem bei der Unterhaltung lächelt Pat. eigenartig. Aus allem ist zu entnehmen, daß er nicht recht mit der Sprache heraus will und seine Gedanken zu verbergen sucht. Achselzuckend sagt er, ich kann weiter keine Angaben machen. Ich weiß nicht, warum ich wieder hierher gekommen bin.“

Für das Jahr 1940 liegt kein einziger Pflegebericht vor, erst Anfang 1941 wird protokolliert, ein anderer Patient habe beobachtet, dass Kleinschmidt in der Nacht einen „epileptischen Anfall“ gehabt habe. Und weiter: Der Patient müsse zur geringsten Hausarbeit angehalten werden. Er sei nicht in der Lage, selbst eine Arbeit zu verrichten. Das Todesurteil im NS-Regime. Wer nicht arbeiten kann, ist des Lebens nicht wert. Nach dem 5. Juni 1941 wird Wilhelm Kleinschmidt „nach Idstein verlegt“. Wahrscheinlich wird er noch im selben Jahr nach Hadamar gebracht und ermordet.

... im Kalmenhof 7 Tage a Christa K. *31.10.40 109.12.43, 3 Jahre, im Kalmenhof 7 Tage a Winfried M. *29.04.40 109.12.43, 11.12.43, 3 Jahre, im Kalmenhof 7 Tage a Helene D. *15.03.40 *03.12.40 † 12.12.43, 3 Jahre, im Kalmenhof 10 Tage a Maria D. Günther F. *26.12.41 † 12.12.43, 1 Jahr, im Kalmenhof 10 Tage a Anemarie S. *30.01.40 † 13.12.43, 3 Jahre, im Kalmenhof 10 Tage a Dieter B. *18.03.41 † 19.12.43, 2 Jahre, im Kalmenhof 17 Tage a Franziska H. *27.01.36 *08.04.37 † 24.12.43, 6 Jahre, im Kalmenhof 22 Tage a Klaus T. *29.08.39 † 28.12.43, 4 Jahre, im Kalmenhof 25 Tage a Karin E. *26.10.37 † 02.01.44, 6 Jahre, im Kalmenhof 1 Monat a Ingeborg R. *06.08.41 † 02.01.44, 2 Jahre, im Kalmenhof 1 Monat a Marianne H. *22.09.40 † 03.01.44, 3 Jahre, im Kalmenhof 1 Monat a Nikolaus C. *07.01.35 † 05.01.44, 9 Jahre, im Kalmenhof 1 Monat a Reiner L. *06.03.38 † 05.01.44, 5 Jahre, im Kalmenhof 1 Monat a Gertrud P. *26.11.35 † 05.01.44, 8 Jahre, im Kalmenhof 1 Monat a Karl-Heinz F. *02.07.40 † 06.01.44, 3 Jahre, im Kalmenhof 1 Monat a Anton H. *06.12.37 † 08.01.44, 6 Jahre, im Kalmenhof 1 Monat a Ingeborg B. *02.01.36 † 09.01.44, 8 Jahre, im Kalmenhof 1 Monat a Christine H. *11.02.27 † 09.01.44, 16 Jahre, im Kalmenhof 1 Monat a Siegfried K. *20.05.34 † 09.01.44, 9 Jahre, im Kalmenhof 1 Monat a Bernhard M. *15.06.40 † 09.01.44, 3 Jahre, im Kalmenhof 1 Monat a Margarethe S. *06.12.32 † 09.01.44, 11 Jahre, im Kalmenhof 1 Monat a Rudolf M. *03.08.89 † 20.01.44, 54 Jahre, im Kalmenhof 6 Jahre a Ingeborg D. *13.01.31 † 08.02.44, 13 Jahre, im Kalmenhof 3 Jahre a Klara S. *06.03.73 † 17.02.44, 70 Jahre, im Kalmenhof 2 Jahre a Wilhelmine U. *27.06.02 † 26.02.44, 41 Jahre, im Kalmenhof 25 Jahre a Marg. R. *02.01.04 † 26.02.44, 40 Jahre, im Kalmenhof 2 Jahre a Elise H. *14.08.87 † 06.03.44, 56 Jahre, im Kalmenhof 2 Jahre a Elisabeth H. *14.08.87 † 06.03.44, 56 Jahre a Bertha L. *06.03.86 † 10.03.44, 58 Jahre, im Kalmenhof 9 Jahre a Inge B. *17.07.34 † 27.03.44, 9 Jahre, im Kalmenhof 3 Tage a Hans K. *22.10.36 † 27.03.44, 7 Jahre, im Kalmenhof 3 Tage a Margot U. *11.10.40 † 28.03.44, 3 Jahre, im Kalmenhof 4 Tage a Doris T. *22.07.39 † 30.03.44, 4 Jahre, im Kalmenhof 6 Tage a Arnold T. *09.10.39 † 30.03.44, 4 Jahre, im Kalmenhof 6 Tage a Karl Heinz K. *26.06.32 † 31.03.44, 11 Jahre, im Kalmenhof 7 Tage a Helmut B. *04.12.38 † 10.04.44, 5 Jahre, im Kalmenhof 8 Tage a Wilhelm T. *06.01.39 † 10.04.44, 5 Jahre, im Kalmenhof 9 Tage a Alfons S. *23.03.38 † 10.04.44, 6 Jahre, im Kalmenhof 10 Tage a Erich H. *19.05.27 † 03.04.44, 3 Jahre, im Kalmenhof 10 Tage a Maria H. *05.10.40 † 03.04.44, 3 Jahre, im Kalmenhof 10 Tage a Maria O. *05.10.40 † 03.04.44, 3 Jahre, im Kalmenhof 10 Tage a Franz Josef N. *25.06.39 † 06.04.44, 4 Jahre, im Kalmenhof 13 Tage a Elly O. *12.02.39 † 07.04.44, 5 Jahre, im Kalmenhof 13 Tage a Willi W. *02.04.34 † 14.04.44, 10 Jahre, im Kalmenhof 21 Tage a Anna Maria L. *26.10.29 † 16.04.44, 14 Jahre, im Kalmenhof 25 Tage a Alfred W. *27.04.35 † 21.04.44, 8 Jahre, im Kalmenhof 28 Tage a Paul Josef W. *02.04.31 † 21.04.44, 13 Jahre, im Kalmenhof 28 Tage a Neanard A. *15.10.32 † 25.04.44, 11 Jahre, im Kalmenhof 1 Monat a Ursula S. *20.06.38 † 04.05.44, 5 Jahre, im Kalmenhof 1 Monat a Roland S. *29.04.35 † 15.05.44, 9 Jahre, im Kalmenhof 5 Monate a Anton M. *02.08.34 † 21.05.44, 11 Jahre, im Kalmenhof 29 Tage a Friedel F. *22.02.30 † 09.06.44, 14 Jahre, im Kalmenhof 8 Tage a Günther Z. *12.08.36 † 12.06.44, 7 Jahre, im Kalmenhof 8 Monate a Reinhard *25.02.32 † 13.06.44, 12 Jahre, im Kalmenhof 3

Emil W.

12.5.1943



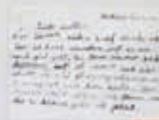
8.1.1944



1.2.1944



26.4.1944



4.8.1944



5.8.1944



ermordet

Ausstellungstafel und
 Namensstele im Ver-
 waltungsgebäude auf dem
 Kalmenhof
 (Foto: Bettina Müller)

VITOS TEILHABE

Heilerziehungsanstalt Kalmenhof

Gründung

- 1888 durch den „Verein für die Idiotenanstalt zu Idstein“ als überkonfessionelle Heilerziehungsanstalt für Menschen mit einer geistigen Behinderung

Vitos Teilhabe heute

- Einrichtungen der Jugend- und Behindertenhilfe:
14 Jugendhilfeeinrichtungen in den Regionen Idstein, Wiesbaden, Darmstadt, Bensheim und Homberg/Efze
Einrichtungen der Behindertenhilfe in den Regionen Idstein, Riedstadt, Herborn, Weilmünster, Haina/Bad-Emstal

1933 bis 1945

- Heilerziehungsanstalt:
stationäre Anstalt für Kinder- und Jugendliche sowie volljährig gewordene Bewohner
- 1939 bis 1945 mit einer Unterbrechung Nutzung als Lazarett
- 1940 Nutzung durch eine Nachrichteneinheit der Wehrmacht
- 1941 bis 1945 „Kinderfachabteilung“

Die Jahre 1933 bis 1945 auf dem Kalmenhof

Bis 1933 galt der Kalmenhof als pädagogische Reformanstalt. Kurz nach der Machtergreifung der Nationalsozialisten wurde die als Verein geführte Einrichtung jedoch dem NS-Regime unterstellt. Nun stand nicht mehr die pädagogische Betreuung der behinderten Menschen im Vordergrund, sondern die „wirtschaftlich effiziente“ Unterbringung möglichst vieler Menschen zu minimalen Kosten. Die Belegung stieg von 630 auf fast 1.000 Plätze im Jahr 1937. Jüdisches Personal entließ die neue „linientreue“ Leitung. Fast zwei Drittel der 150 Zöglinge jüdischen Glaubens mussten den Kalmenhof verlassen.

Insbesondere in den Jahren 1934 und 1935 kam es zu zahlreichen Zwangssterilisationen der Bewohner, belegt sind mindestens 216 Fälle.

Im Jahr 1939 wurde ein Teil der Anlage erstmals als Lazarett genutzt. 1940 wurde das Lazarett wieder geschlossen und eine Nachrichteneinheit der Wehrmacht im Kalmenhof stationiert, 1941 folgte erneut die Einrichtung eines Lazaretts, das gegen Kriegsende 1.300 Betten umfasste.

Im Sommer 1940 hatte die „T4“-Zentrale 566 Meldebögen nach Idstein geschickt. 232 Bewohnerinnen und Bewohner wurden nach der Inbetriebnahme der Tötungsanstalt Hadamar Anfang 1941 dorthin gebracht und ermordet.

Im Jahr 1941 wurde der Kalmenhof zu einer von neun „Zwischenanstalten“ der Tötungsanstalt Hadamar bestimmt. Wie viele Menschen vorübergehend im Kalmenhof untergebracht wurden, um anschließend in Hadamar vergast zu werden, ist jedoch nicht bekannt. Wichtige Akten, die dies hätten belegen können, wurden zum Ende des Zweiten Weltkriegs vernichtet.

Im Krankenhaus des Kalmenhofs wurde ebenfalls im Jahr 1941 eine „Kinderfachabteilung“ eingerichtet. Dort ermordeten Ärzte und Krankenschwestern etwa 500 Kinder und Jugendliche. Sie wurden hauptsächlich mit Medikamenten vergiftet.

In den Jahren von 1942 bis 1944 wurden zahlreiche Kinder und Jugendliche vor allem aus Norddeutschland und dem Rheinland auf den Kalmenhof gebracht. Aus dieser Zeit sind zahlreiche Todesfälle durch Vernachlässigung und Unterernährung dokumentiert. Einige

Quellen gehen von insgesamt 719 im Kalmenhof bis Kriegsende verstorbenen Kindern und Jugendlichen aus.

Die Beteiligung einzelner Mitarbeiter des Kalmenhofs an den Verbrechen der nationalsozialistischen Rassenhygiene wurde 1947 im „Kalmenhofprozess“ untersucht. Der stellvertretende Direktor Wilhelm Großmann erhielt vier Jahre und sechs Monate Haft. Er musste die Strafe allerdings wegen eines Gnadenerlasses nicht antreten. Anstaltsarzt Hermann Wesse wurde zunächst zum Tode verurteilt. Nach Abschaffung der Todesstrafe in Deutschland wurde diese Strafe 1949 vom Landgericht Düsseldorf in lebenslange Haft umgewandelt. 1968 wurde die Strafe endgültig erlassen. Anstaltsärztin Mathilde Weber wurde zunächst ebenfalls zum Tode verurteilt, bekam nach Gnadenersuchen aber eine Haftstrafe von drei Jahren und sechs Monaten. Nachdem zwei Drittel der Strafe verbüßt waren, wurde ihr im Rahmen eines Gnadenerlasses die Reststrafe erlassen. Die Krankenschwester Anne Wrona, enge Mitarbeiterin Mathilde Webers, wurde freigesprochen.

Ausstellung im Verwaltungsgebäude (aus Datenschutzgründen wurden die Nachnamen der Opfer bis 2017 abgekürzt, Foto: Bettina Müller)





*Gedenkkreuz
(Foto: Bettina Müller)*

Gedenken in Idstein

Im ersten Stock des Verwaltungsgebäudes der Vitos Teilhabe (dem historischen Hauptgebäude des Kalmenhofs) gibt es seit 1997 eine Dauerausstellung, die sich insbesondere mit der NS-Zeit beschäftigt.

Auf dem Gelände hinter dem ehemaligen Krankenhaus, das dem LWV Hessen gehört, befindet sich ein Mahnmal. Ein Gedenkkreuz und ein Steinrondell mit Inschriften erinnern seit 1984 an die getöteten Kinder, die nach ihrer Ermordung dort begraben wurden.

Bodenuntersuchungen im Sommer 2019 legen nahe, dass sich oberhalb dieses Gedenkortes weitere Gräber von Opfern des Krankermordes befinden (siehe auch www.vitos-rheingau.de).

Auf dem städtischen Friedhof in Idstein gibt es seit 1987 eine Gedenktafel.

Für Besucher und Besuchergruppen, die sich für die Geschichte des Kalmenhofs interessieren, bietet Vitos Teilhabe nach Terminabsprache Führungen über das Gelände und durch die Ausstellung an.

*Steinrondell
(Foto: Bettina Müller)*



*Verwaltungsgebäude
(Foto: LWV-Pressestelle)*



Adresse

Vitos Teilhabe gemeinnützige GmbH
Veitenmühlweg 10, 65510 Idstein
www.vitos-teilhabe.de
info@vitos-teilhabe.de



Literatur

Christian Schraper, Dieter Sengling (Hg.): Die Idee der Bildbarkeit. 100 Jahre sozialpädagogische Praxis in der Heilerziehungsanstalt Kalmenhof, Weinheim/München 1988
Dorothea Sick, Euthanasie im Nationalsozialismus. Am Beispiel des Kalmenhofs in Idstein im Taunus, Frankfurt 1983
Vitos Kalmenhof (Hg.): 125 Jahre Kalmenhof. Facetten seiner Geschichte, Idstein 2013



*Gedenkfriedhof auf
dem Klinikgelände
(Foto: Bettina Müller)*

VITOS WEIL-LAHN

Landesheilanstalt Weilmünster

Gründung

- 1897 als „Provinzial-Irrenanstalt“ des Bezirksverbandes Wiesbaden in der Provinz Hessen-Nassau mit 1.000 Betten eröffnet
- 1921 Umwandlung der „Heil-und Pflegeanstalt Weilmünster“ in das „Nassauische Volkssanatorium“ mit bis zu 1.400 Plätzen, ab 1923 vor allem für TBC-krankte Kinder

Vitos Weil-Lahn heute (am Standort Weilmünster)

- drei Fachkliniken:
 - Klinik für Neurologie Weilmünster
 - Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Weilmünster
 - Klinik für Psychosomatik Weilmünster
- Pflegezentrum Weilmünster
(Pflegezentrum für Menschen mit schweren neurologischen Einschränkungen – Rehabilitationsphase F)

1933 bis 1945

- stationäre Psychiatrie (Landesheilanstalt Weilmünster)
- für einige Jahre zusätzlich Fürsorgeheim
- ab 1944 Ausweichkrankenhaus und Lazarett
- das heutige Haus 9 war Außenstelle eines Arbeitslagers der Organisation „Stahlhelm“

Die Jahre 1933 bis 1945 in Weilmünster

Am 1. Oktober 1933 kam es zur Neueröffnung als Landesheilanstalt für psychisch Kranke.

1935 wurden 375 Plätze ausgewiesen, im Jahr 1937 waren es bereits 1.250 Plätze, bis 1939 stieg die Zahl der Plätze auf 2.000, um 1940 mit 1.500 ausgewiesen zu werden.

Von 1934 bis 1939 wurden 278 Männer und Frauen aus der Landesheilanstalt zwangssterilisiert. Die Operationen fanden in Wetzlar, Weilburg oder Herborn statt.

Im Juni 1937 wurden als Rückführung von konfessionellen und privaten Einrichtungen in staatliche Anstalten 200 Patientinnen aus dem St. Valentinushaus in Kiedrich und im April 1938 78 Patientinnen aus Katzenelnbogen nach Weilmünster verlegt.

Nach Kriegsbeginn wurden etwa 600 Patientinnen und Patienten der saarländischen Heil- und Pflegeanstalten Merzig und Homburg zeitweilig nach Weilmünster evakuiert.

Charakteristisch für die Zeit des Nationalsozialismus war die extreme Unterversorgung der Einrichtung, auch in ärztlicher Hinsicht, die schon früh einsetzte. 1938 kam auf 500 Patienten nur ein Arzt.

Die Sterblichkeit stieg von bereits überdurchschnittlichen acht Prozent im Jahr 1936 auf 15 Prozent im Jahr 1939 und erreichte 1940 37 Prozent. Im Sommer 1940 erhielt Weilmünster 1.803 Meldebögen aus Berlin.

92 nach den „Nürnberger Gesetzen“ als „jüdisch“ eingestufte Patienten und Patientinnen wurden im Februar 1941 zur sofortigen Ermordung nach Hadamar gebracht.

Zwischen Januar und März 1941 wurden circa 750 Menschen aus Weilmünster nach Hadamar gebracht und dort getötet. Das entsprach etwa der Hälfte der Belegung. Weilmünster schuf so Platz als Zwischenanstalt und wurde die größte der insgesamt neun Zwischenanstalten für Hadamar. Der erste Transport erfolgte am 15. Januar 1941, die letzte Verlegung am 21. August 1941. Insgesamt wurden 1941 circa 2.500 Menschen nach Weilmünster verlegt und von dort zur Ermordung nach Hadamar gebracht.

Nach dem Ende der Gasmordaktion 1941 kamen bis 1945 mehrere Tausend Patienten aus dem ganzen Reich nach Weilmünster (unter

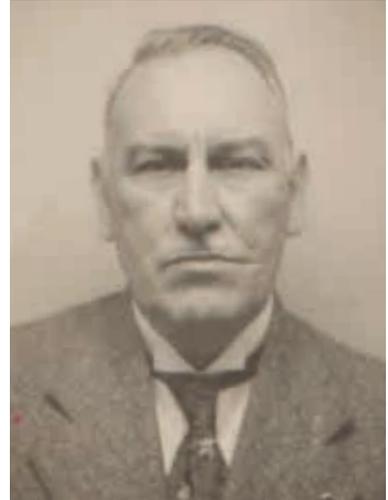
rechts:

Dr. Georg Mairoser,
Oberarzt ab 1936
(Quelle: BArch,
R 3001/67436)



ganz rechts:

Dr. Adolf Wahlmann,
Oberarzt ab Juni
1940
(Quelle: BArch,
R 9361-VIII Kartei/
24811104)



anderem aus Lübeck, Hamburg, Lüneburg, Rotenburg, Teupitz), die nahezu alle in Weilmünster zu Tode kamen, teils durch Verhungern und pflegerische Vernachlässigung, aber mit größter anzunehmender Sicherheit auch durch gezielte medikamentöse Ermordung. 1940 bis 1945 starben mehr als 3.000 Menschen in Weilmünster, die Todesrate stieg 1942 auf 50 Prozent pro Jahr.

Auch nach Hadamar wurde zur gezielten Ermordung mit Medikamenten weiterverlegt: 1943 sind 30, 1944 579 Patienten und Patientinnen dokumentiert.

1944 wurde in einem Teil der Anstalt ein Ausweichkrankenhaus für die Stadt Frankfurt eingerichtet. Ebenfalls 1944 entstand ein SS-Lazarett in einem weiteren Teil der Häuser. Ursprünglich für eine Be-

legung mit 1.200 Personen vorgesehen, waren zeitweise bis zu 2.000 verwundete oder kranke Soldaten im Lazarett untergebracht, von denen viele in Weilmünster starben. Das SS-Lazarett wurde bis 1947 als Militärlazarett weitergeführt.



Krankengebäude Frauen nach 1945
(Quelle: Archiv des LWV Hessen)



(Foto: Bettina Müller)

Gedenken in Weilmünster

Auf dem Klinikgelände erinnert ein Gedenkstein an die Opfer des Krankenmordes. Erläuterungstafeln auf dem Friedhof geben Auskunft zu diesem Teil der Unternehmensgeschichte.

Anlässlich der 100-Jahr-Feier wurde eine Ausstellung geschaffen, die 2013 um die letzten Jahre aktualisiert wurde. Es handelt sich um bebilderte Texttafeln, die nach Absprache zugänglich sind.

Rundgänge mit Einbindung von Publikum, zum Beispiel Schulen, finden zu besonderen Anlässen statt.



oben links:
Tafeln mit Opfernamen

oben rechts und unten:
Mahnmal vor dem Verwaltungsgebäude
(Fotos: Bettina Müller)

Adresse

Vitos Weil-Lahn gemeinnützige GmbH
Weilstraße 10, 35789 Weilmünster
www.vitos-weil-lahn.de
info@vitos-weil-lahn.de



Literatur

Christina Vanja (Hg.): Heilanstalt – Sanatorium – Kliniken. 100 Jahre Krankenhaus Weilmünster. 1897–1997, Kassel 1997 (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Quellen und Studien, Bd. 4)



*Seziertisch in der
Tötungsanstalt Hadamar
(Foto: Bettina Müller)*

VITOS WEIL-LAHN & GEDENKSTÄTTE HADAMAR

Landesheilanstalt Hadamar

Gründung

- 1883 als Korrekptions- und Landarmenanstalt Hadamar
- 1906 Landes-Pflegeanstalt für Geistesranke

Vitos Weil-Lahn heute (am Standort Hadamar)

- Gedenkstätte Hadamar im ehemaligen Hauptgebäude der Landesheilanstalt Hadamar (in Trägerschaft des LWV Hessen)
- Klinik für Psychiatrie und Psychotherapie Hadamar
- Klinik für forensische Psychiatrie Hadamar
- begleitende psychiatrische Dienste Hadamar mit den Bereichen Wohnen, Arbeit, Freizeit zur sozialen Unterstützung chronisch psychisch kranker Menschen

1933 bis 1945

- bis 1939 Landesheilanstalt des Bezirksverbandes Wiesbaden
- 1939 bis 1940 Wehrmachtslazarett
- 1940 bis 1941 Tötungsanstalt im Rahmen der „Aktion T4“
- 1942 bis 1945 Tötungsanstalt als Landesheilanstalt des Bezirksverbandes Wiesbaden

Die Jahre 1933 bis 1945 in Hadamar

Obwohl zunächst als Provisorium eingerichtet, gehörte die Landesheilanstalt Hadamar 1933 zu den etablierten psychiatrischen Einrichtungen im Bezirksverband Wiesbaden. Wie in den anderen Heil- und Pflegeanstalten im Deutschen Reich verschlechterten sich bis zum Beginn des Zweiten Weltkrieges die Lebensbedingungen der Patientinnen und Patienten zum Teil dramatisch.

Aufgrund der Sparpolitik, die seit der 2. Hälfte der 1930er Jahre der zuständige Anstaltsdezernent des Bezirksverbandes, Fritz Bernotat, forderte, wurden zunehmend Nahrungsmittel und Sachleistungen gekürzt. Um Kosten zu sparen, wurden beispielsweise Matratzen durch Strohsäcke ersetzt. Durch die Auflösung kleinerer, insbesondere konfessioneller Anstalten stieg die Zahl der Patienten bis 1939 auf 625 an (in den zwanziger Jahren waren in Hadamar rund 350 Anstaltsinsassinnen und -insassen). Zugleich sank der Personalstand von 162 auf 72 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. 1939 stand statistisch nur noch ein Arzt für 141 Patienten zur Verfügung.

Die Lebensbedingungen verschlechterten sich in Hadamar auch aufgrund der eugenischen und rassistischen Politik, die 1933 zur Verabschiedung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ im Deutschen Reich führte. Das Gesetz sah die Zwangssterilisation von behinderten und psychisch kranken Menschen vor.

Der damalige Direktor Dr. Otto Henkel, befürwortete die „Ausmerzungen der Entarteten und Erhaltung und Förderung der Hochwertigen.“ Die Landesheilanstalt Hadamar beteiligte sich seit 1934 intensiv an Zwangssterilisationen: Allein im Jahr 1935 wurden 141 Frauen und 30 Männer aus der Landesheilanstalt in benachbarten Kliniken unfruchtbar gemacht.

*Anstaltsgebäude
mit Rauchfahne des
Krematoriums
(Quelle: Archiv des
LWV Hessen)*





links:
Krankenschwester
Pauline K.
(Quelle: HHStA
Wiesbaden, Abt. 461,
32442, Bd. 45)

Mitte:
Anstaltspersonal
(Quelle: Archiv des
LWV Hessen)

rechts:
Chefarzt Dr. Adolf
Wahlmann und
Pfleger Karl Willig
(Quelle: National
Archives 111-SC-
203563)

Zu den Opfern gehörte auch die 1909 in Frankfurt am Main geborene Hadamarer Patientin Selma Klein, die 1936 zwangssterilisiert wurde. Nach der NS-Rassenideologie als Jüdin kategorisiert, wurde sie 1939 in ein Konzentrationslager eingewiesen und 1942 in der Krankenmordanstalt Bernburg ermordet. Seit 2016 findet sich vor dem Haupteingang zur Gedenkstätte Hadamar ein Stolperstein für Selma Klein.

Mit Beginn des Zweiten Weltkrieges wurden die Anstaltsgebäude geräumt und ein Wehrmachtlazarett eingerichtet. Nur das Hofgut Schnepfenhausen und einige dort arbeitende Patienten blieben unter der Aufsicht des Bezirksverbandes Wiesbaden.

Als im Herbst 1940 die Gasmordanstalt Grafeneck aufgelöst und das Militärlazarett verlegt werden sollte, entschied die Zentrale der Krankenmordaktion „T4“ in Berlin, die Gebäude in Hadamar als neue Mordanstalt der NS-„Euthanasie“ zu nutzen.

Im Herbst und Winter 1940/41 wurde der Keller des Hauptgebäudes mit einer Gaskammer, einem Sektionsraum und einem Krematorium mit zwei Öfen ausgestattet. Im Hof wurde eine Busgarage für die sogenannten Grauen Busse gebaut, in denen die zur Ermordung bestimmten Patientinnen und Patienten transportiert wurden.

Am 13. Januar 1941 traf der erste Transport mit Mordopfern ein. Sie kamen aus der Landesheilanstalt Eichberg. Bis zum 24. August 1941 wurden über 10.000 Patientinnen und Patienten nach Hadamar gebracht und im Kohlenmonoxid erstickt. Die Menschen stammten aus rund 80 Anstalten aus Nord-, West- und Südwestdeutschland. Die meisten waren über die sogenannten Zwischenanstalten nach Hadamar deportiert worden. Zu diesen Zwischenanstalten gehörten die Anstalten Eichberg (Eltvile), Herborn, Kalmenhof (Idstein), Scheuern und Weilmünster in Hessen, Weinsberg und Wiesloch (heute Baden-



*Hans-Bodo Gorgaß
(Quelle: HHStA
Wiesbaden, Abt. 461,
32061, Bd. 38)*

Württemberg), Galkhausen (heute Nordrhein-Westfalen) und Andernach (heute Rheinland-Pfalz).

Die Transporte in die Tötungsanstalt Hadamar geschahen üblicherweise mit den „Grauen Bussen“. Beim Ausstieg in der Busgarage waren die Patienten vor den Blicken Neugieriger verborgen. Von dort wurden sie zum Auskleiden in einen großen Saal geführt. Weiter ging es zur Kontrolle zu einem Verwaltungsmitarbeiter und dann zu einem der Tötungsärzte. Dieser legte die fingierte Todesursache fest und markierte die Patientinnen und Patienten, die später seziert werden sollten.

In einem kleinen, etwa zwölf Quadratmeter großen Kellerraum wurden die Menschen mit Kohlenmonoxid aus großen Flaschen ermordet. Pfleger entnahmen anschließend im Sektionsraum die Gehirne und brachen Goldzähne heraus. Die Leichen wurden von den „Brennern“ im Krematorium verbrannt. Der aufsteigende Rauch aus dem für die Krematorien angelegten großen Schornstein war weithin sichtbar. Einwohner der Stadt Hadamar berichteten über den deutlich wahrnehmbaren Verbrennungsgeruch.

Das Personal der Tötungsanstalt bestand aus rund 100 Personen. Die Leitung hatten zwei Ärzte, ein Chefarzt und sein Assistent. Sie waren es, die den Gashahn öffneten. Die ersten beiden Tötungsärzte, Dr. Ernst Baumhard und Dr. Günther Henneke, leiteten die Anstalt bis Juni 1941. Wie auch ein Teil des Personals hatten sie bereits Erfahrungen in der Tötungsanstalt Grafeneck gesammelt. Um ihre Identität und die Morde zu verschleiern, legten sie sich fiktive Namen zu, mit denen sie die sogenannten Trostbriefe unterschrieben, die den Angehörigen einen natürlichen Tod der Patienten suggerieren sollten. Baumhard nannte sich „Dr. Moos“, Henneke „Dr. Fleck“. Als Nachfolger kamen Dr. Friedrich Berner, ein erfahrener Röntgenologe und Hochschuldozent an der Universität Frankfurt, und Hans-Bodo Gorgaß, vormals Arzt im Kalmenhof, nach Hadamar.

Nach dem Stopp der „Aktion T4“ durch Hitler im August 1941 wurde ein Großteil des Personals abgezogen. Die Mordeinrichtungen wurden bis Mitte 1942 abgebaut. Im August 1942 ging das Gebäude von der „T4“-Organisation wieder auf den Bezirksverband Wiesbaden über.

Damit endete die Phase der Gasmorde in Hadamar, das Töten ging aber weiter. Hierbei nahm die Landesheilanstalt Hadamar in der sogenannten dezentralen Euthanasie eine Sonderstellung ein: Seit August 1942 wurden wiederum Menschen aus anderen Anstalten nach Hadamar geschickt und dort ermordet. Während einer täglichen Konferenz entschieden Chefarzt Dr. Adolf Wahlmann, Oberpfleger Heinrich Ruoff und Oberschwester Irmgard Huber, wer getötet werden sollte. In der Regel wurden Medikamente überdosiert, die Patientinnen und Patienten wurden bewusst vernachlässigt oder nur noch mit einer Hungerkost versorgt. Verwaltungsleiter Alfons Klein hatte wesentlichen Einfluss auf die Organisation der Tötungsanstalt und die Lebensbedingungen der Patienten.

Die Patienten kamen aus weiten Teilen des damaligen Deutschen Reiches, zum Teil aus dem besetzten Elsass-Lothringen. Zu ihnen gehörten ab 1943 verstärkt sowjetische und polnische Zwangsarbeiterinnen und Zwangsarbeiter, die an Tuberkulose litten und als nicht mehr arbeitsfähig ausgesondert worden waren. In Einzelfällen brachten sie auch ihre Kinder mit. Mindestens 32 ehemalige Angehörige der Wehrmacht gehörten ebenfalls zu den Ermordeten und mindestens 37 Kinder, die als „jüdische Mischlinge“ bezeichnet wurden.

Am 26. März 1945 wurden die Tötungsanstalt und etwa 500 überlebende Patientinnen und Patienten von US-amerikanischen Soldaten befreit. Noch im selben Jahr wurde in Wiesbaden ein Prozess gegen die Verantwortlichen vor einem amerikanischen Militärgericht angestrengt. Klein, Ruoff und der Pfleger Karl Willig wurden zum Tode verurteilt und hingerichtet. Im deutschen Hadamar-Prozess wurden 1947 in Frankfurt am Main weitere Verantwortliche angeklagt und zum Teil zu langen Haftstrafen verurteilt.

Nach 1945 wurden die Gebäude der ehemaligen Tötungsanstalt wieder als psychiatrische Klinik genutzt und schrittweise erweitert. Im ehemaligen Hauptgebäude der Tötungsanstalt befindet sich heute die Gedenkstätte Hadamar.

Gaskammer
(Foto: Bettina Müller)





*Freigelegtes Fundament eines Krematoriumsofens
(Foto: Bettina Müller)*

Gedenken in Hadamar

- 1953** wurde mit einem Gedenkrelief ein erstes Erinnerungszeichen im Eingangsbereich der ehemaligen Tötungsanstalt gesetzt.
- 1964** Umgestaltung der Massengräber, in denen die meisten der zwischen 1942 und 1945 Ermordeten vergraben worden waren, in eine Gedenklandschaft. Eine Stele mit der Inschrift „Mensch achte den Menschen“ wird errichtet.
- 1983** eröffnete die erste Ausstellung im Kellerbereich.
Ende der achtziger Jahre wurde die Gedenkstätte aufgebaut.
- 1990** Einweihung der Gedenkglocke des Bundes der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten
- 1991** Eröffnung der bis heute bestehenden Dauerausstellung
- 2006** wurde die ehemalige Busgarage im Hof der Gedenkstätte aufgebaut. Sie war Ende der 1940er Jahre abgebaut und als Mehrzweckhalle auf dem ehemaligen Hofgut Schnepfenhausen genutzt worden.
- 2016** Verlegung des Stolpersteins für Selma Klein vor dem Haupteingang

Die Gedenkstätte Hadamar, die sich in Trägerschaft des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen befindet, zählt jährlich über 20.000 Besucherinnen und Besucher.

Jeweils am 26. März erinnern die Gedenkstätte, die Stadt Hadamar und Vitos Weil-Lahn in einer Gedenkfeier an die Befreiung der Tötungsanstalt im Jahr 1945.



*Historische Busgarage
(Foto: Bettina Müller)*

Adresse

Vitos Weil-Lahn gemeinnützige GmbH & Gedenkstätte Hadamar
Mönchberg 8, 65589 Hadamar
www.vitos-weil-lahn.de (1)
www.gedenkstaette-hadamar.de (2)



Literatur

Uta George, Georg Lilienthal, Volker Roelcke, Peter Sandner, Christina Vanja (Hg.): Hadamar. Heilstätte – Tötungsanstalt – Therapiezentrum, Marburg 2006 (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Quellen und Studien, Bd. 12)

Landeswohlfahrtsverband Hessen (Hg.): Verlegt nach Hadamar. Die Geschichte einer NS-„Euthanasie“-Anstalt, 4. Aufl., Kassel 2009 (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Kataloge, Bd. 2)

Dorothee Roer, Dieter Henkel (Hg.): Psychiatrie im Faschismus. Die Anstalt Hadamar 1933–1945, 3. Aufl., Bonn 2003

„EUTHANASIE“ IN HESSEN

Das Verbrechen verwalten

Als Adolf Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler ernannt und damit die Macht im Deutschen Reich an die Nationalsozialisten übergeben wurde, bestand das heutige Bundesland Hessen im Wesentlichen aus zwei voneinander unabhängigen Territorien. Die preußische Provinz Hessen-Nassau gehörte zum Land Preußen. Das Land Hessen (-Darmstadt) – auch als „Volksstaat Hessen“ bezeichnet – war dagegen selbstständig.

In Hessen-Nassau wurden die sozialen und zum Teil kulturellen Aufgaben auf der mittleren Verwaltungsebene von zwei kommunalen Bezirksverbänden in den Regierungsbezirken Kassel und Wiesbaden wahrgenommen. Die beiden Bezirksverbände waren Selbstverwaltungskörperschaften, die jeweils einem Kommunallandtag mit gewählten Vertretern Rechenschaft ablegen mussten. Bei ihnen lag die Verantwortung für Heil- und Pflegeanstalten für geistig und körperlich behinderte oder psychisch erkrankte Menschen und orthopädische Kliniken, die Tuberkulosehilfe, die Fürsorge für Kinder, Kriegs- und Arbeitsopfer. Der Sitz des Bezirkskommunalverbandes war das Ständehaus in Kassel. In Wiesbaden existierte ein eigenes Landeshaus für die Verwaltung des dortigen Bezirksverbandes.

1933 wurden die Spitzenvertreter der Verwaltungen nach und nach von den neuen nationalsozialistischen Machthabern ernannt. Die demokratisch verfassten Vertretungen wurden aufgelöst. Die beiden Bezirksverbände in Hessen-Nassau und die Regierdienststellen im Land Hessen waren direkt in die nationalsozialistischen Krankenmordaktionen einbezogen.

Wilhelm Traupel, NSDAP-Funktionär und SS-Führer wurde 1933 zum Landeshauptmann in Wiesbaden und drei Jahre später auch in Kassel ernannt und war bis 1941 der nominell führende Vertreter beider Bezirksverbände. Jakob Sprenger hatte zum einen als Gauleiter des NSDAP-Gaues Hessen-Nassau erheblichen Einfluss auf die Politik in der preußischen Provinz Hessen-Nassau, zum anderen war er als Reichsstatthalter und Regierungschef der führende Mann im Land Hessen(-Darmstadt).



Landeshauptmann Wilhelm Traupel
(Quelle: HHStA Wiesbaden, Abt. 3008 – Bildersammlung)



*Das Ständehaus, ehemals Sitz des Bezirkskommunalverbandes Kassel, seit 1953 Hauptverwaltung des LWV Hessen
(Foto: Monika Nikolic)*

Den vielleicht entscheidenden Einfluss auf die Entwicklung der Krankenmorde in Hessen hatte indes ein eher untergeordneter Funktionär. Fritz Bernotat, ehemals ein kleiner Beamter im Bezirksverband Wiesbaden, konnte durch seine Mitgliedschaft in der NSDAP und seine enge Bindung an Gauleiter Sprenger während der NS-Zeit eine ganz außerordentliche Karriere machen. Als rechte Hand des Landeshauptmanns und später sowohl Anstalts- wie auch Fürsorgedezernent im Bezirksverband Wiesbaden förderte er die rassistische und eugenische Politik NS-Deutschlands und unterstützte die sich Ende der dreißiger Jahre entwickelnden Mordprogramme an Kranken und Behinderten.

Unter seiner Aufsicht und vermutlich von ihm aktiv gefördert wurde Ende 1940 Hadamar zur sechsten und letzten Tötungsanstalt der „Aktion T4“, die Landesheilanstalten Eichberg, Herborn und Weilmünster sowie die Heilerziehungsanstalt Kalmenhof (Idstein) und die Heilerziehungs- und Pflgeanstalt Scheuern wurden zu Zwischenanstalten. Nach dem Stopp der „Aktion T4“ wurde auch die dezentrale „Euthanasie“ von den Verwaltungen in Hessen weiter aktiv gefördert.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs und unter US-amerikanischer Verwaltung wurden die beiden bislang getrennten hessischen Territorien zu einem „Groß-Hessen“ zusammengefasst. Aus diesem entstand 1946 das Bundesland Hessen. 1953 wurden wesentliche soziale Aufgaben, die zuvor die Bezirksverbände übernommen hatten, auf den neu gegründeten Landeswohlfahrtsverband Hessen übertragen.



*Gedenktafel im
Ständehaus
(Foto: Uwe Zucchi)*

Gedenken

Im Ständehaus, dem Sitz der Hauptverwaltung des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen, erinnert seit 1991 eine Gedenktafel an die „Opfer der ‚Euthanasie‘, der Zwangssterilisation und anderer Gewaltverbrechen der Nationalsozialisten in hessischen Kranken- u. Fürsorgeanstalten 1933–1945“.

Am 27. Januar begeht der LWV Hessen gemeinsam mit dem Hessischen Landtag, der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden den Gedenktag für die Opfer des Nationalsozialismus. Die Gedenkfeier findet in jedem Jahr an einem anderen hessischen Ort statt.



*Landesweite Gedenkveranstaltung im Ständehaus am 27. Januar 2015.
Helmut Bader, Sohn des in Grafeneck ermordeten Martin Bader, Dr. Gerrit Hohendorf (Foto: Uwe Zucchi)*

Adresse

LWV Hessen
Haupt- und Regionalverwaltung Kassel
34112 Kassel
www.lwv-hessen.de
info@lwv-hessen.de



Literatur

Peter Sandner: Verwaltung des Krankmordes. Der Bezirksverband Nassau im Nationalsozialismus, Gießen 2003 (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Hochschulschriften, Bd. 2)

Peter Sandner: Die nationalsozialistische Anstaltspolitik in Hessen-Darmstadt unter Medizinalreferent Dr. Jakob Schmitt, in: Uta George, Herwig Groß, Michael Putzke, Irmtraud Sahmland, Christina Vanja (Hg.): Psychiatrie in Gießen. Facetten ihrer Geschichte zwischen Fürsorge und Ausgrenzung, Forschung und Heilung, Gießen 2003, S. 303–327 (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Quellen und Studien, Bd. 9)

Jens Flemming, Christina Vanja (Hg.): „Dieses Haus ist gebaute Demokratie“. Das Ständehaus in Kassel und seine parlamentarische Tradition, Kassel 2007 (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Quellen und Studien, Bd. 13)

Chronologie der Ereignisse

- 01/1933** Hitler wird Reichskanzler
- 07/1933** „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“
- 09/1939** Angriff auf Polen – Beginn des 2. Weltkrieges
- 09/1939** Ermächtigungsschreiben Hitlers zur „Euthanasie“
- 01/1940** reichsweiter Beginn der „Aktion T4“
- 01/1941** erste Ermordungen in Hadamar als Teil der „Aktion T4“
- 08/1941** reichsweite Einstellung der „Aktion T4“
- 08/1942** Beginn der „dezentralen Euthanasie“ in Hadamar
- 03/1945** Befreiung der Anstalt und der Stadt Hadamar durch US-amerikanische Truppen
- 05/1945** bedingungslose Kapitulation des Deutschen Reiches
- 10/1945** Hadamar-Prozess „United States versus Alfons Klein et. al“
(Kriegsverbrecherprozess vor dem US-amerikanischen Militärgericht)
- 02/1947** Frankfurter „Euthanasie“-Prozesse
- 03/1953** Gedenkrelief im Eingangsbereich des Hauptgebäudes der Landesheilanstalt Hadamar (heute Gedenkstätte Hadamar)
- 09/1964** Der in eine Gedenklandschaft umgestaltete Anstaltsfriedhof mit den Massengräbern von 1942–1945 wird eingeweiht und die Gedenkstele mit der Inschrift „Mensch achte den Menschen“ errichtet.
- 11/1983** Eröffnung der ersten Ausstellung im ehemaligen Tötungskeller
- ab 1984** An allen Standorten von LWV/Vitos, die in die „Euthanasie“-Verbrechen involviert waren, werden Gedenkkorte geschaffen.
- 1989** Ausstellung und authentische Räume der „Euthanasie“-Verbrechen in Hadamar werden offizielle Gedenkstätte des LWV Hessen.
- 09/1990** Die Gedenkglocke der Arbeitsgemeinschaft Bund der „Euthanasie“-Geschädigten und Zwangssterilisierten (AG BEZ) wird in Hadamar eingeweiht.
- 06/1991** Eröffnung der Dauerausstellung „Verlegt nach Hadamar – Die Geschichte einer NS-„Euthanasie“-Anstalt“

-
- 09/2006** Wiederaufbau der historischen Busgarage im Hof der Gedenkstätte Hadamar
 - ab 2007** Der LWV richtet zusammen mit dem Landtag, der Landesregierung und den kommunalen Spitzenverbänden die jährliche landesweite Gedenkveranstaltung für die Opfer des Nationalsozialismus am 27. Januar aus.
 - 03/2019** feierliche Übergabe des Gedenkbuches (in zweiter Auflage) mit den Namen aller zwischen 1941 und 1945 in Hadamar ermordeten Menschen

Literatur

HADAMAR

George, Uta/Lilienthal, Georg/Roelcke, Volker/Sandner, Peter/Vanja, Christina (Hg.): Hadamar. Heilstätte – Tötungsanstalt – Therapiezentrum, Marburg 2006 (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Quellen und Studien, Bd. 12)

Landeswohlfahrtsverband Hessen (Hg.): Verlegt nach Hadamar. Die Geschichte einer NS-„Euthanasie“-Anstalt, 4. Aufl., Kassel 2009 (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Kataloge, Bd. 2)

Roer, Dorothee/Henkel, Dieter (Hg.): Psychiatrie im Faschismus. Die Anstalt Hadamar 1933–1945, 3. Aufl., Bonn 2003

„EUTHANASIE“ ALLGEMEIN

Hedwig, Andreas/Petter, Dirk (Hg.): Auslese der Starken – „Ausmerzungen“ der Schwachen. Eugenik und NS-„Euthanasie“ im 20. Jahrhundert, Marburg 2017

Hohendorf, Gerrit: Der Tod als Erlösung vom Leiden. Geschichte und Ethik der Sterbehilfe seit dem Ende des 19. Jahrhunderts in Deutschland, Göttingen 2013

Klee, Ernst: „Euthanasie“ im Dritten Reich: die „Vernichtung lebensunwerten Lebens“, vollst. überarb. Neuausg., Frankfurt am Main 2010

Sandner, Peter: Verwaltung des Krankenmordes. Der Bezirksverband Nassau im Nationalsozialismus, Gießen 2003 (Historische Schriftenreihe des Landeswohlfahrtsverbandes Hessen. Hochschulschriften, Bd. 2)

Der Landeswohlfahrtsverband Hessen hat mit seiner Gründung die Verantwortung für zwölf hessische Landesheilanstalten und damit für das Erbe der „Euthanasie“-Verbrechen übernommen. Diese Broschüre zeichnet die Geschehnisse nach und zeigt die Gedenkorte in Hessen, die sich heute überwiegend an Standorten des LWV-Unternehmens Vitos befinden. Und sie stellt vier Menschen vor, die in den Heilanstalten ermordet wurden.